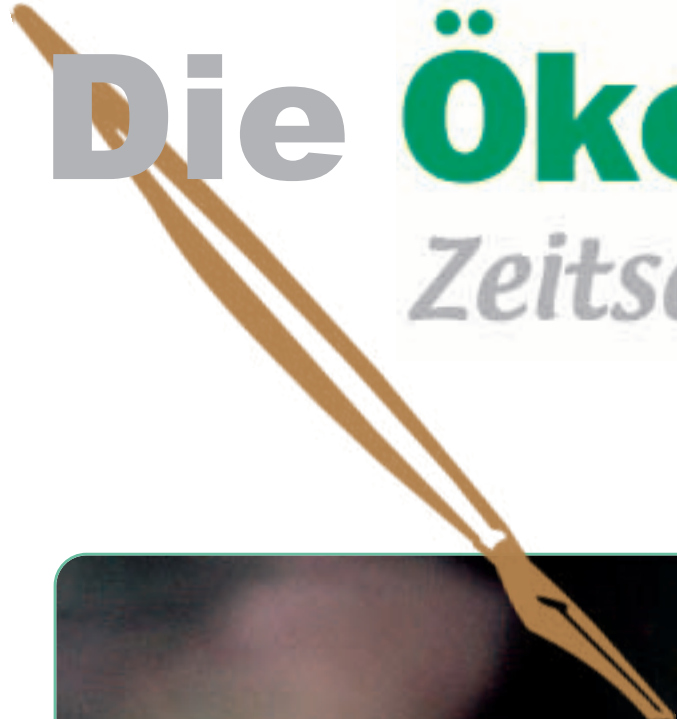


Die **Ökologische** Zeitschrift für Hamm

Nr. 9 – März 2025



Mit spitzer Feder:
*Nachrichten,
Informationen, Tipps
rund um Natur,
Arten und Umwelt*



Spende
erbeten:
siehe
Impressum

Liebe Leser,

in dieser Ausgabe der ÖKOLOGISCHEN wird ein völlig vergessenes Ereignis aus den Jahren 1994/95 wieder aufgewärmt: Die Initiative der Hammer „Projektgruppe ‚pro hamm‘“. Sieben im Naturschutz engagierte Bürger haben damals 73 Schlagworte zu ökologischen Themen entwickelt und sie in einer Broschüre zusammengefasst an Politik und Verwaltung geschickt – dies in der Hoffnung, dass sich die Stadt Hamm zu einer wirklichen „ökologischen Stadt der Zukunft“ entwickeln würde, wie es durch eine gleichnamige Fördermöglichkeit 1992 tatsächlich geplant war (siehe Kasten Seite 22). Diese Gruppe hatte nichts mit der heutigen politischen Partei Pro Hamm zu tun; diese Partei gab es damals noch nicht, die Bezeichnung „Pro Hamm“ war nicht geschützt.

Die ökologisch sinnvollen Ziele der sieben Aufrechten wurden leider kaum angefasst. Schlimmer noch: Nach über einem Jahr erhielt die Gruppe ein 17-seitiges Schreiben, in dem der damalige Leiter des Umweltamtes den Initiatoren versuchte zu bescheinigen, dass ihr Ansinnen mehr oder weniger überflüssig war. Die Redaktion der ÖKOLOGISCHEN ist da gänzlich anderer Meinung und hat Vorschläge und städtische Antworten hier gegenüber gestellt (ab Seite 20). Möge sich jeder Leser selber ein Bild der damaligen Vorschlagsliste machen.

Die aktuellen Themen des Baus der Verbindungsstraße „Weetfelder Straße neu“ von der Kamener Straße zur Rathenastraße mit dem dahinter liegenden Rangierbahnhof ist ebenfalls ein Thema dieser Ausgabe. Diese Straße, die K 35n, bildet die Voraussetzung für den Betrieb des Multi Hub Westfalen; siehe Seiten 16-19. Schließlich sollen sich täglich viele 40-Tonnen-Lkws den Weg durch Hamm von den Autobahnanchlussstellen bis in die Innenstadt suchen. Die Zahlen schwanken: Anfangs war von 600 Lkws täglich die Rede, heute setzen die Vertreter der Stadt Hamm die Zahlen niedriger an. Schließlich muss die Bevölkerung beruhigt werden ob der großen Verkehrsbelastungen, die auf die Hammer Bürger zukommen werden. Güter müssen von der Straße auf die Schiene gebracht werden; das ist richtig. Aber entscheidend für die Akzeptanz aller Betroffenen ist die Frage der Machbarkeit, und die ist hier in der Hammer Innenstadt nicht gegeben, so wie es geplant ist.

Und immer noch geht es um den Inlogparc in Pelkum-Weetfeld. Solange der Flächennutzungsplan Hamm und der übergeordnete Regionalplan Ruhrgebiet nicht geändert und das Industriegebiet in den Plänen nicht gelöscht wird, ist die Gefahr des sogenannten Nordausbaus auf knapp 50 Hektar Fläche nicht gebannt. Der Bürgerantrag auf Löschung der beiden Planinhalte ist vom „Ausschuss für Beschwerden und Anregungen“ des Rates der Stadt Hamm sogar einstimmig zurückgewiesen worden. Dabei hat die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag genau dies beschlossen: Kein Inlogparc-Weiterbau in Hamm. Hier haben sogar die Vertreter der Ampelkoalition im Ausschuss gegen ihren im Koalitionsvertrag beschlossenen Willen gestimmt – ein Trauerspiel!

Viel Freude beim Lesen der Zeitschrift wünscht Ihnen trotzdem

Ulrich Schölermann

Redaktion „DIE ÖKOLOGISCHE – Zeitschrift für Hamm“

Impressum

Herausgeber: Ulrich Schölermann · Weetfelder Straße 179 · 59077 Hamm
Telefon 023 81/44 35 80 · Telefax 023 81/43 14 16
E-Mail: info@ulrich-schoelermann.de · Internet: www.dieoekologische.de

Beiträge: Alle namentlich nicht gekennzeichneten Beiträge vom Herausgeber, Gastbeiträge sind namentlich benannt

Redaktionsschluss: 20.02.2025

Fotos: Alle Fotos vom Herausgeber, weitere Fotos sind namentlich benannt

Titelbild: Rotsterniges Blaukehlchen

Auflage: 200 Exemplare, gedruckt auf Recyclingpapier, Blauer Engel/FSC-zertifiziert

Erscheinung: Halbjährlich (geplant); kostenlose Verteilung

(Freiwillige Spende von 3,00 Euro gern für die gedruckte Ausgabe an den Herausgeber: Sparkasse Hamm, DE91 4105 0095 0001 5030 02)

In der deutschen Sprache ist es nicht möglich, geschlechtsneutral oder alle Geschlechter umfassend und gleichzeitig leicht verständlich zu formulieren. Die gewählte Form steht ausdrücklich für alle Geschlechter.

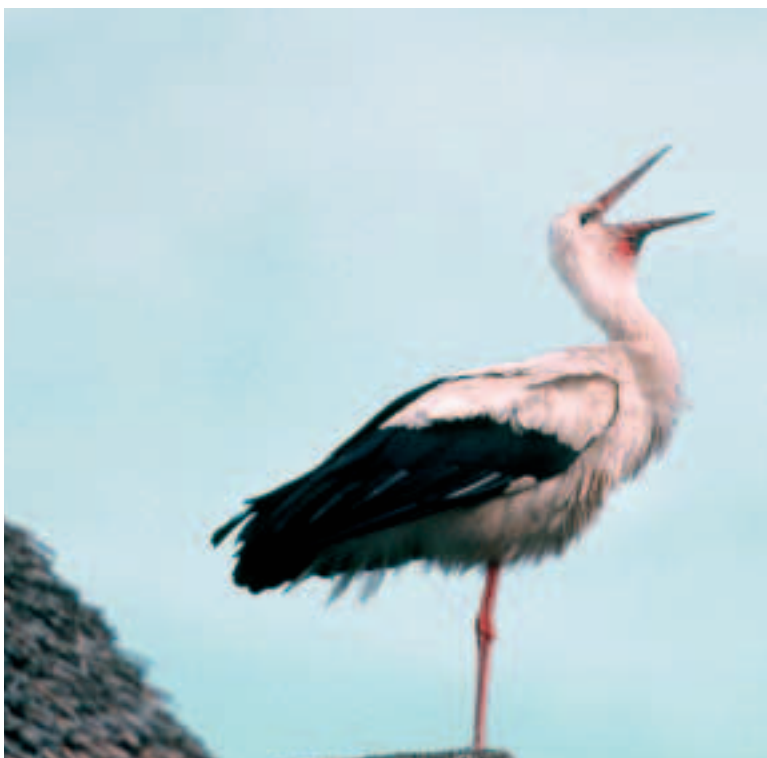
Inhaltsverzeichnis

- 1 Weißstörche in Hamm
- 2 Buchvorstellung: „Kehrtwende in Hamm“ – Wege zur nachhaltigen Stadt mit lebenswerter Zukunft
- 4 Magazin
- 9 Bebauung am Schloss Heessen im Überschwemmungsgebiet der Lippe
- 10 Lichtverschmutzung gefährdet Ökosysteme
Buchbesprechung: Der Holzweg – Wald im Widerstreit der Interessen
- 11 RVR holzt im Geithewald weiter
- 12 Bebauungsplan „östlich Maximilianpark“: Internationale Gartenausstellung 2027 geplant
- 14 Rote Listen ein Spiegelbild des Zustands der wild lebenden Arten
- 16 Geplante Trasse der K 35n zerstört das Landschaftsschutzgebiet Wiescherbach-Senke
- 20 „Projektgruppe ‚pro hamm‘“ stellte 73 Vorschläge für eine ökologische Stadt Hamm vor
- 32 Serie: „Was macht denn eigentlich ... Paul Ortman heute?“
- 34 Inlogparc-Nordausbau: Kein Ende in Sicht

Die Ökologische Zeitschrift für Hamm

Gastbeiträge erwünscht!

Die Redaktion freut sich über engagierte Hammer Bürger, die sich an der inhaltlichen Gestaltung dieser Zeitschrift beteiligen möchten. Wenn Sie schreiben wollen zu passenden Themen, dann melden Sie sich bitte! Das gilt natürlich auch für Fotografen.



Weißstörche in Hamm

Die Zahl der Störche in Hamm hat sich in den letzten Jahren erheblich vergrößert. Seit der Wiedervernässung der Lippeaue im Ostteil der Stadt durch die Programme „LIFE“ und „LIFE+“ der Europäischen Union (EU), die in der Aue in Hamm-Osten umgesetzt werden konnten, haben die Störche ihren ursprünglichen Lebensraum wieder angenommen. Das Nahrungsangebot von Fröschen, Kröten, Fischen, Nagern, Insekten und Regenwürmern wurde durch die vernässenden Maßnahmen der Wiesenflächen, die Uferentfesselungen der Lippe und die Sanierungen von Altarmen deutlich besser.

In der Lippeaue brütet der Weißstorch auf den Dächern des Schlosses Heessen, auf dem Bauernhof Freisfeld an der Lippestraße, aber auch im Naturschutzgebiet Tibaum in Sandbochum und in Herringen an der Holzstraße. 24 Brutpaare haben 2024 in Hamm ihre Horste gebaut, vermutlich gab es 47 Nachkommen.

Buchvorstellung

Kehrtwende in Hamm

Wege zur nachhaltigen Stadt mit lebenswerter Zukunft

Eine Kehrtwende bedeutet Kurswechsel und Umkehr, eine Wende in die entgegengesetzte Richtung. Das macht auch schon die von Ina Jenzelewski gestaltete Umschlagseite unmissverständlich deutlich. Die Herausgeber Ulrich Schölermann und Edmund A. Spindler haben sich dazu für die Stadt Hamm Gedanken gemacht und auch „Mitstreiter“ gefunden. Sie sind als Vorstandsmitglieder der BG Weetfeld bestens informiert und mittendrin in Planungsvorhaben mit deren Verschiebungen und Veränderungen. Auch weisen beide eine beachtenswerte Expertise in Sachen Raumplanung, Natur- und Artenschutz und Klimafragen auf.

Das Ziel des Buches ist, eine Diagnose zur Stadtentwicklung in Hamm zu geben und daraus folgend „Therapievorschläge“ zu machen (S. 25). Meiner Meinung nach geht der Inhalt des Buches aber weit über die Stadtgrenzen Hamms hinaus und sollte auch von Bürgern und Bürgerinnen aus NRW und Deutschland gelesen werden. Denn die „Ereignisse“ in Hamm sind keine Einzelfälle und die sind wiederum eingebettet in das Gesamtgeschehen auf unserem Planeten. „Global denken und lokal handeln“ ist auf jeden Fall eine Aufforderung mit Tiefgang. Der Inhalt des Buches ist dieser Aufforderung auf der Spur!

Das übersichtliche Inhaltsverzeichnis ermöglicht eine schnelle Orientierung über den Lesestoff. Mit Fotos, Diagrammen, Karten und einigen Karikaturen werden die Textbeiträge aufgelockert und erscheinen nicht als undurchdringbare Bleiwüste.

Schon Grußwort und Vorwort von Wolfgang Rometsch (FUgE) und Jürgen Resch (DUH) fordern allgemein bessere Lösungen und das Engagement von Bürgern. In der Einführung werden diese Forderungen von den beiden Herausgebern konkret für Hamm dargelegt, und das Leitbild der BG Weetfeld spiegelt das auch wider.

Die „Wendethemen“ ergänzen sich gut: Der Forderung nach kreativen Planungsvorgaben (Spindler) folgen eine tolle Ausführung zur



Energiewende mit Bürgerpflicht (Goebel), nachvollziehbare Rechenbeispiele für eine Verkehrswende (Behrens) und ein überzeugendes Plädoyer für die Ressource Boden (Thuncke) mit einem pragmatischen Vorschlag für Hamm (Haun).

Diesen überzeugenden Darstellungen folgt die Ernüchterung in der Praxis: Im Erfahrungsbericht der BG Weetfeld mit dem ursprünglich geplanten Industriegebiet von Ulrich Schölermann wird der Leser durch die Machenschaften der Politik mit Planungsänderungen, Abstimmungen u. a. geführt. Mir wird bewusst, wie kompliziert alles ist, wie aber auch manipuliert werden kann.

Jens Kneiße beschreibt im folgenden Kapitel, wie preisgünstiges Wohnen verhindert wird und welche Möglichkeiten zur „Durchgrünung“ in Hamm möglich wären. Wie absurd mit sauberem Regenwasser umgegangen wird, stellt Andrea Pfeifer dar und kritisiert die Machtnetzwerke von Politik und Wirtschaft. Da kommt die Arten-

vielfalt schlecht weg und das belegt Gudrun Isenbeck-Geue eindrucksvoll und biologisch begründet zur Wiescherbach-Senke.

Dass mündige Bürger den Lippesee verhindert haben wird nicht verschwiegen und macht Hoffnung. Allerdings wird durch die Zeitzeugenbefragung deutlich, wie vielfältig die Bürgerschaft aufgestellt ist und wie unterschiedlich die Bewertung zur Politik ausfällt. Dabei wurden Menschen befragt, die dem Natur- und Umweltschutz nahestehen.

Insgesamt ein lesenswertes Buch, das die Komplexität einer Kehrtwende aufzeigt, die aber andererseits unbedingt notwendig ist. Vielleicht gibt die Lektüre des Buches ja einige Impulse in die richtige Richtung für politische Entscheidungen, aber auch für Jeden von uns. *Barbara Brune*

Die Autoren

Edmund A. Spindler ist Mitglied im Vorstand der BG Weetfeld. Er hat Raumplanung (Stadt-, Regio-

INHALT

Grußwort	Wolfgang Rometsch <i>Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGE), Hamm</i>	Dem Zeitgeist trotzen!	9
Vorwort	Jürgen Resch <i>Deutsche Umwelthilfe (DUH), Berlin</i>	Der Verlust der Substanz im Umweltschutz – Kehrtwende in Hamm	13
I. Einführung	Edmund A. Spindler und Ulrich Schölermann	Mehr Mut zur Ökologie in Hamm	19
	Edmund A. Spindler	Das Leitbild der BG Weetfeld	41
II. „Wende“-Themen	Edmund A. Spindler	Zur Planungswende in Hamm	55
	Olaf Goebel	Energiewende – was kommt auf uns zu?	71
	Helga Behrens	Verkehrswende – menschengerecht und ernstgemeint?	87
	Ludger Palz	StoppT A 445	99
	Harald Haun	Fairpachten – ein Element der Agrarwende	105
	Heinz-Josef Thuncke	Der Boden – Fundament einer klimafreundlichen Landwirtschaft	111
III. Erfahrungen aus der Praxis	Ulrich Schölermann	BG Weetfeld – ein Erfahrungsbericht	127
	Edmund A. Spindler	Danke für Nichts!	159
	Herbert Zucchi	Plattgemacht	175
	Jens Christian Kneißel	Hamm qualitativ und nachhaltig (um)bauen	177
	Andrea Pfeifer	Machtnetzwerke wirken überall	191
	Gudrun Isenbeck-Geue	Die Wiescherbach-Senke – ökologisch wertvoll und gefährdet	199
	Karlheinz Jenzelewski und Ulrich Schölermann	Naturschutz und Landschaftsplanung in Hamm	213
	Edmund A. Spindler	Demokratie braucht den mündigen Bürger	221
IV. Zeitzeugen-Interviews mit Hammer Natur- und Umweltschützern	Dr. Karl Faulenbach		230
	Dieter Dahlmann		235
	Josef Thiemeier		241
	Paul Ortman		247
	Bernd Aach		253
	Elisabeth Nieder		258
Nachwort	Gerd Heistermann	Welche Werte sind uns wichtig?	263

nal- und Landesplanung) an der Universität Dortmund studiert (Dipl.-Ing.) und war lange Jahre beruflich als UVP- und Öko-Audit-Experte tätig, u. a. im Umweltgutachterausschuss für den Deutschen Naturschutzring. Als Autor und Dozent hat er mehrere Bücher zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen veröffentlicht.

Ulrich Schölermann war als Mediengestalter selbstständig tätig. Er ist Vorsitzender der Bürgergemeinschaft Weetfeld. Seit 45 Jahren engagiert er sich ehrenamtlich im Naturschutz und war zwölf Jahre Vorsitzender des NABU Hamm. Er beurteilt für Naturschutzverbände Planungsverfahren in Hamm im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. 33 Jahre war er Mitglied im „Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hamm“, davon 20 Jahre als Vorsitzender. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist er seit 2020 in der Bezirksvertretung Pelkum aktiv. 15 Jahre war er für SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mitglied des Umweltausschusses des Rates der Stadt Hamm. Seit 2017 ist er Herausgeber der Zeitschrift „Die Ökologische – Zeitschrift für Hamm“.

Was sagen die Autoren?

Ein Buch, das zur rechten Zeit kommt und zum Umdenken anregt

Aus Bürgersicht werden die lokalen Umweltprobleme am Beispiel der Stadt Hamm zeitgemäß analysiert und zukunftsfähige Lösungsvorschläge gemacht.

Für Hamm ist das Buch ein Novum, weil hier erstmals ganzheitlich auf die lokalen Probleme beim Naturschutz eingegangen wird und es zu einer Gesamtschau der Nachhaltigkeit in Hamm einlädt.

Der ökologische Blick führt nicht nur zu neuen Konzepten, sondern zu einer neuen Haltung beim Umwelt- und Naturschutz und damit zu mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohl auf kommunaler Ebene. Der inhaltliche Schwerpunkt der Beiträge bezieht sich vor allem auf den gravierenden Boden- und Landschaftsverbrauch bei den Flächenplanungen sowie auf den präventiven Umweltschutz. Damit werden Defizite bei der Bauleitplanung und bei der Stadtentwicklungspolitik sichtbar.

Mit der angestrebten Politikwende werden die Planungs-

wende, die Energiewende, die Verkehrswende, die Agrarwende und die Bauwende sowie Erfahrungen mit Politik und Verwaltung in Hamm deutlich angesprochen und es wird zur couragierten bürgerschaftlichen Mitwirkung aufgerufen.

Edmund A. Spindler, Ulrich Schölermann, Kehrtwende in Hamm, eine Studie der Bürgergemeinschaft Weetfeld e.V., zwölf Autoren, sechs Zeitzeugen im Interview, 272 Seiten, farbig bebildert, 135 x 215 mm, 23,00 Euro, Rohn-Verlag, Lemgo, ISBN 978-3-946319-33-7, im Hammer Buchhandel vorrätig.

Stimmen zum Buch „Kehrtwende in Hamm“

„Sehr beeindruckend, was ihr geleistet habt!“

Dr. Richard Mährlein, Karikaturist und Pädagoge, Puschendorf

„Ein ungemein wichtiges Werk, das die ökologischen Herausforderungen der Stadt Hamm kritisch betrachtet. – Das Buch ist ein Weckruf, den dringend notwendigen Wandel hin zu nachhaltigem Verkehr, zum Flächenschutz, zu mehr Naturschutz einzuschlagen.“

Jürgen Resch, Deutsche Umwelthilfe e.V. DUH, Radolfzell

„Nur mit einer Planungswende lässt sich eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung umsetzen.“

Tim Bartels, UmweltBriefe, Berlin
„Ein Buch für engagierte Menschen vor Ort.“

Matthias Hüttmann, Sonnenenergie, Berlin

„Es spiegelt ein jahrzehntelanges, hartnäckiges Streiten für mehr Lebensqualität in Hamm wieder. Chapeau! – Das Buch ist Mutmacher und Ratgeber für alle, die sich an ökologischen Entscheidungen einer Stadt oder Gemeinde beteiligen oder dazu eine Initiative ergreifen möchten.“

Dr. Ulrich Weber, LIGA, Lünen
„Bereits der Titel bringt es auf den Punkt: Umsteuern ist dringend und, weiter so nur profitmaximierend, keine Option mehr. Stattdessen brauchen wir eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung mit mehr ‚wir‘ als ‚ich‘ – einfach gemeinsam gestaltet.“

Beate Petersen, GWÖ Ennepe, Ruhr & Wupper, Wuppertal

Umweltpreisträger der Stadt Hamm – Nachtrag

Vergabe des Preises für Umweltschutz der Stadt Hamm mit den Vorgaben für die Bewerbungen

In der „ÖKOLOGISCHEN“ Ausgabe 7, Seiten 26-27, wurde über die Preisträger 1981 bis 2022 berichtet. Hier der Nachtrag für die Jahre 2023 und 2024:

Jahr	Preisträger	Dotierung	Grund für die Auszeichnung
2023	1. Preis Ursula Schölermann	750 EUR	„Wer hat den naturnahesten Garten?“
	1. Preis Bernhard Jahn	750 EUR	
	3. Preis Karin Lehmann	500 EUR	
	4. Preis Günter Bletz	300 EUR	
	5. Preis Gertrud Röken	200 EUR	
2024	1. Preis Monika Schwarze	800 EUR	Kreatives Upcycling
	2. Preis Realschule Mark	500 EUR	
	2. Preis Diane Kuster	500 EUR	
	2. Preis Kita Wasserwelt	500 EUR	
	5. Preis Ute Hoeschen	200 EUR	
2025	werden Bürger geehrt, die sich im Klima-, Umwelt- und Naturschutz besonders engagiert haben.		

Verbände/Vereine:

Sammelt ornithologische Daten in Hamm:

OAG – Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Hamm

Die Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Hamm hat im Januar 2012 ihre Arbeit aufgenommen. Die OAG Hamm versteht sich als eine Art „runder Tisch“, der allen Interessenten jederzeit und „ohne bürokratische Hürden“ offen steht. Die Teilnehmer sind avifaunistisch interessierte sowie im Vogel- und Naturschutz engagierte Personen.

Die Gruppe sieht sich nicht nur als Gesprächs-Diskussionsrunde, sondern auch als Arbeitskreis, der sich mit ornithologischen Themen aller Art, den vielen weiteren Facetten der Naturbeobachtung und mit aktuellen Entwicklungen im lokalen und regionalen Natur- und Artenschutz befasst. Sie möchte die Avifaunistik in Hamm deshalb auf unkomplizierte Weise (und daher ganz bewusst ohne Vereinsatzung oder feste Mitgliederstruktur) auf eine breitere Grundlage stellen und einen besseren Schutz der vielen landesweit bedeutsamen Lebensräume in Hamm erreichen.

Ein gemütlicher „Orni-Stammtisch“ der OAG Hamm findet an jedem letzten Freitag des Monats ab 19 Uhr in der Gaststätte „Alt



Hamm“ statt. Alle Interessenten sind dazu herzlich eingeladen.

Auf der Homepage werden Informationen über ornithologische Themen aus Hamm angeboten. Außerdem können aktuelle Vogelbeobachtungen (und weitere interessante Meldungen aus der Natur) in Form eines Weblogs eingestellt werden. Bitte melden Sie solche Beobachtungen per E-Mail.

Zur Statistik (Stand Februar 2025):
Artikel gesamt: 2236

Fotos: ca. 4700 Fotos

Besucher gesamt: 15 029

Seitenzugriffe gesamt: 2 416 735

Besucher pro Tag: ca. 200-350

Besucher pro Monat: 2200-2700

Die Besucher kommen aus 20 verschiedenen Ländern.

Internet: www.oag-hamm.de

E-Mail: armin.l@arcor.de oder

norbert.pitrowski@web.de

Ist gegen den Autobahnbau in Rhynern:

Stoppt A445 e.V.

Die Bürgerinitiative „Stoppt A445“ hat sich in Rhynern gegründet, um

sich gegen den Autobahnbau von Hilbeck zur A 2 in Rhynern zur Wehr zu setzen.

Die A 445 von Werl nach Hamm soll laut Bundesverkehrswegeplan als Lückenschluß gebaut werden. Sie soll – in Verbindung mit der ebenfalls in Planung befindlichen und heftig bekämpften A 46 – die vorhandenen Autobahnen des östlichen Ruhrgebiets entlasten (A 1, A 2 und A 44 sowie die Autobahnkreuze Westhofener Kreuz, Kreuz Unna und Kamener Kreuz).

Lokal werden durch den Weiterbau der A 445 Entlastungen der B 63 erhofft, tatsächlich werden aber noch große Verkehre auf der B 63 verbleiben und zusätzlicher Verkehr (es droht eine Verdopplung des Verkehrs auf ca. 40 000 Kfz pro Tag) in die Region verlagert!

Die Folgen sind mehr Verkehr, Lärm und Abgase vor allem für Hilbeck und Pentling, aber auch für den Werler Westen, Budberg, Sönnern, Pröbsting, Kump, Oberallen, Unterallen, Opsen und Rhynern und letztendlich auch im Ruhrtal.



Vor dem Hintergrund der dramatischen Folgen für die gesamte Region fordert die BI den Verzicht auf die A 445.

Weitere Infos auf der Internetseite.
Internet: www.stoppt-a445.de
E-Mail: stoppt_a_445@web.de

Es gibt sie immer noch:

Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm

Fast 50 Jahre ist es her, aber es gibt sie immer noch: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm. Die BI engagierte sich gegen die Atomkraft und protestierte während der Bauphase des THTR am Kraftwerksstandort der VEW (heute RWE). Sie führte Veranstaltungen durch, organisierte mit Unterstützung der Landwirte Trecker-Trecks und klagte gegen den THTR. In den 1980er Jahren mietete die BI einen „Umweltladen“ an der Brüderstraße als Treffpunkt an.

Sie klagte gegen 17 Teilerrichtungsgenehmigungen des THTR und des Druckwasserreaktors. Es kam zu einem gerichtlich angeordneten sechswöchigen Baustopp.

Als wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 auch der Störfall am THTR bekannt wurde und in Hamm deutlich erhöhte radioaktive Werte gemessen wurden, kippte allmählich die Pro-Atomkraft-Stimmung im Lande. Nachdem der THTR 1989 stillgelegt worden ist, war bei vielen Aktivisten die Luft raus. Aber schon 1992 musste der sogenannte Tritiumwasserstörfall im „Keller“ des THTR kritisch hinterfragt werden. In den 90er Jahren fanden 59 Castortransporte mit den radioaktiven Brennelementekugeln aus dem THTR nach Ahaus statt; es wurde wieder demonstriert.
Weitere Infos im Internet:
www.reaktorpleite.de
www.machtvonunten.de

**Für ein lebenswertes Umfeld
in Pelkum:**

BG Weetfeld e.V.

Die „Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.“ ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Pelkum, Ortsteil Wiescherhöfen-Weetfeld. Sie setzt sich ein für den Erhalt der bäuerlich geprägten Weetfelder und Wiescherhöfener Kultur-

landschaft. Die BG hat sich im Jahr 2000 gegründet, um das Industriegebiet „Inlogparc“ in Weetfeld an der Stadtgrenze zwischen Pelkum und Bönen zu verhindern.

Die Planung des Multi Hub Westfalen auf dem Rangierbahnhof beschäftigt die Mitglieder insofern, als dass die fehlende Straßen-Infrastruktur den Ortsteil schwer belasten wird. Die Mitgliederversammlung der BG hat den Beschluss gefasst, den Multi Hub ideell zu unterstützen, wenn die Anlieferung der Container bereits auf dem Schienenweg durchgeführt wird; dezentrale Verladestationen müssen dafür infrage kommen, aber zusätzlichen Straßenbau lehnt die BG ab.

Die BG ist Mitglied der Landesgemeinschaft für Naturschutz und Umwelt NRW e.V. (LNU). Die LNU ist ein unabhängiger und überparteilicher Verband, der sich den Zielen des Natur- und Umweltschutzes verschrieben hat. Die Mitglieder setzen sich aus Initiativen und Vereinen zusammen. Neben juristischen Personen können aber auch Privatpersonen eine Fördermitgliedschaft begründen.



Die LNU ist ein nach dem Landes- und Bundesnaturschutzgesetz anerkannter Naturschutzverband. Die LNU hat in den Kommunen, in denen sie vertreten ist, Koordinationsstellen und Kreislaufstellen eingerichtet.

Die Koordinationsstelle (ein von den Mitgliedsverbänden der LNU gewählter Vertreter) regelt die Zusammenarbeit der Mitgliedsverbände der LNU in der jeweiligen Kommune. Der Koordinator ist z. B. zuständig für die Benennung von Personen, die die LNU im „Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde“ der Stadt Hamm stellen kann.

Die Kreislaufstelle (ein mit einer Vollmacht der LNU ausgestattetes Mitglied) erarbeitet Stellungnahmen zu Landschaftseingriffen und Planungen. Aktuell versucht die BG, den Straßenbau der K 35n zwischen Kamener Straße und Rathenaustraße durch die Wiescherbach-Senke zu vermeiden.

Die BG ist seit 2007 vom Umweltbundesamt als „Anerkannte Umwelt- und Naturschutzvereinigung nach dem Umweltschutzgesetz (UmwRG)“ registriert worden.

Internet: www.bgweetfeld.de
E-Mail: info@bgweetfeld.de

Lokale Nachrichten:

Lippe soll durchgängiger werden

Der Lippeverband will die Wehre an der Lippe zurückbauen. Für das Wehr in Stockum nahe des Gersteinwerks liegt ein solcher Rückbauantrag bei der Bezirksregierung Arnsberg als Genehmigungsbehörde vor, die darüber zu entscheiden hat.

Artenschutz und regenerative Energieerzeugung stehen sich hier konträr gegenüber. Für Fische und weitere Gewässerlebewesen stellt ein solches Wehr ein unüberwindliches Hindernis dar, die Durchgängigkeit des Flusses ist nicht mehr gegeben, Wanderungen der Fische so gut wie unmöglich gemacht. Auch der Transport von Bodensedimenten wird durch die Wehre unterbrochen. Andererseits wird durch ein solches Wehr auf umweltfreundliche Weise Strom erzeugt.

Die **Wasserrahmenrichtlinie** der Europäischen Union will einen „guten ökologischen Zustand“ aller Fließgewässer erreichen. Das bedeutet neben dem Umbau von eingedeichten Flussabschnitten oder der Entfernung von Uferbefestigungen (zum Beispiel Steinpackungen) auch den Abbau von Hindernissen durch Wehre.

Unnaer Straße soll verlegt werden

Jetzt ist es amtlich: Stadt Hamm und Bezirksregierung Arnsberg haben das Planfeststellungsverfahren zur Verlegung der Unnaer

Straße abgeschlossen. Mit der **Trassenvariante B**, eine von vier untersuchten Trassen, haben sie die Trasse ausgewählt, die den **größten Zerschneidungseffekt in der freien Landschaft** darstellt.

Von Bönen kommend wird die Unnaer Straße nicht mehr die Autobahn A 2 unterqueren, sondern vorher von nordwestlicher Richtung einen Schwenk nach Süden vollziehen und parallel zum Edeka-Lager und ebenso parallel zur geplanten Verlängerung der Autobahn A 445 verlaufen. Der Rat der Stadt Hamm hat zugestimmt, die Bezirksvertretung Rhynern mehrheitlich auch. Die **Naturschutzverbände haben die Trassenvariante D** vorgeschlagen, die die freie Landschaft **längst nicht so belastender Weise zerschnitten** hätte als die nun genehmigte Variante B. Was mag der Grund gewesen sein? Es liegt auf der Hand, dass die Variante B der Entwicklung von Gewerbegebieten deutlich mehr Raum verschafft als die Trasse D, die eine Trassenbündelung an die Autobahnen A 2 und A 445 dargestellt hätte. Siehe auch Bericht in der ÖKOLOGISCHEN Nr. 1, Seiten 22-23 mit der Abbildung der möglichen Trassenvarianten.

Fußweg zum Industriegebiet Inlogparc fehlt

Morgens, mittags und abends das gleiche Bild: Über die Weetfelder Straße ab der Bushaltestelle Doenchstraße und nachfolgend über den Osterböner Weg „wandern“ täglich mehrere Mitarbeiter eines Industriebetriebs im Inlogparc zu ihren Arbeitsplätzen. Für diese Gruppen von bis zu 15 Menschen, die offensichtlich über keinen Pkw verfügen oder keine Mitfahrmöglichkeit haben, besteht an der Weetfelder Straße ab Einmündung Spierkuhle kein Fußweg mehr, der ebenso am noch schmalen Osterböner Weg fehlt. Dies ist schon eine ziemlich gefährliche und lange Wegstrecke, besonders in der Dunkelheit.

Glücklicherweise ist es hier noch nicht zu Unfällen gekommen, nicht alle Autofahrer halten sich an Tempo 50 und dem reduzierten Tempo 30 in der Dunkelheit. In der Bezirksvertretung Pelkum war die Problematik ein Thema. Die Diskussion ging so weit, dass ein

Shuttleverkehr des Arbeitgebers dpd angeregt wurde, der mit Stadt Hamm und den Stadtwerken als Buslinienbetreiber nach einer vernünftigen gefahrlosen Regelung auch für Fußgänger suchen sollte.

Auch hierdurch wurde deutlich, wie mangelhaft und mit der heißen Nadel gestrickt das Verkehrskonzept zum Inlogparc damals „gestaltet“ wurde.

Aktion Hammer Apfelsaft erfolgreich

Seit 2015 wird in Hamm die Aktion Hammer Apfelsaft wieder fortgeführt. Vor der Jahrtausendwende war es der BUND Hamm, der die Apfelannahme und -verarbeitung zu ungesüßtem Apfelsaft organisiert hatte, jetzt haben sich im zwölften Jahr in Folge seit 2013 vier Hammer Vereine engagiert.

2024 war ein endlich wieder einmal gutes Apfeljahr mit einem eher guten Sammelergebnis. Sechs Tonnen wurden an der Fahrzeugwaage der Raiffeisengensenschaft Rhynern von den Helfern entgegengenommen, 650 Kästen á sechs Literflaschen kamen in den Verkauf. In diesem Jahr waren viele Helfer beteiligt, die in den Gärten einzelner Privatleute und auf der Anlage des Golfclubs Stahlberg in Lippetal-Lippborg Äpfel einsammeln konnten.

So konnten Äpfel der Sorten Kaiser Wilhelm, Rote Sternrenette, Boskoop, Jakob Lebel, Dülmener

Rosenapfel und weitere unbekanntere Sorten an die Vermosterei in Hamminkeln geliefert werden. Aus dem Überschuss des Verkaufserlöses werden auf Schul- und Kindertagesstättengeländen **Obstbäume gepflanzt und Nistkästen für Vögel** zur Verfügung gestellt. So erhalten die Obstbaumbesitzer einen kleinen Anreiz für den **Erhalt der Bäume**, denn pro Kilo werden 15 Cent vergütet. Der ökologische Wert der Aktion ist ungleich höher, den Vögel und Insekten finden in Obstbäumen, die erhalten werden, Lebensraum und Nahrung.

Keine Photovoltaik auf Mülldeponie Martinstraße

Die Mülldeponie in Rhynern an der Grenze zu Pelkum an der Straßenecke Auf der Becke/Martinstraße bleibt wie sie ist. Die Planung, dort eine große ebenerdige Photovoltaikanlage zu bauen, wurde durch die Stadtwerke fallen gelassen.

Grund ist der Artenschutz. Auf der seit Jahrzehnten brach liegenden Fläche **brüten planungsrelevante streng geschützte Vogelarten**. Diese Fläche zu bebauen hätte eine Ausgleichsmaßnahme mit hohen finanziellen Aufwendungen nach sich gezogen, sodass die Planung aufgegeben wurde.

Ähnlich verhielt es sich mit ei-



Bei der Apfelannahme: Karl Faulenbach, Dirk Hanke, Ulrich Schölermann, Michael Thon, Erhard Sudhaus (von links). Foto: Christel Weiß

ner Brachfläche an der Straße „Auf dem Südfelde“ in Uentrop, auf der sich eine Vielzahl streng geschützter Arten niedergelassen hatten. Hier wollte die Firma Reiling das nebenliegende Betriebsgelände erweitern und schreckte vor der hohen **sechsstelligen Ausgleichszahlung** zurück (siehe ÖKOLOGISCHE Nr. 4 Seite 27).

Stopp bei den Bahnübergängen in Wiescherhöfen

Bei der Lösung der straßenhöhen-gleichen Bahnquerungen in Wiescherhöfen ist kein Fortschritt erkennbar. Der Bahnübergang Selmigerheide an der Wiescherhöfener Straße zeigt den Verkehrsteilnehmern zu Fuß, auf dem Fahrrad und im Auto immer noch lange Rotzeiten an: **„Mit Glück geht sie auf“, die „Glückaufschranke“**, sagen die Wiescherhöfener Anwohner schon seit Langem.

An der Wilhelm-Lange-Straße besteht eine Einbahnstraßenregelung ab der Kreuzung mit der Weetfelder Straße/Osterböninger Weg Richtung Provinzialstraße, weil sich am dortigen Bahnübergang keine Straus an der vorfahrtberechtigten Provinzialstraße bilden dürfen; Fahrzeuge mit Anhängern stehen dann auf den Gleisen. Seltsam mutet es an, dass **dieses Gefahrpotenzial** erst vor wenigen Jahren aufgefallen ist.

Ein **ähnliches Gefahrpotenzial** bietet die Einmündung der Doenchstraße an der Provinzialstraße direkt hinter dem dortigen Bahnübergang (vier Gleise), wenn Linksabbieger verbotenerweise in die Doenchstraße einbiegen wollen und für Warteschlangen auf dem breiten Gleiskörper sorgen.

Hier ist also viel zu tun, diskutiert wird das Thema seit Jahren, eine Bewegung ist nicht erkennbar.

Lärmschutz fehlt an der Bahn in Wiescherhöfen

Die Bahn hat an der Weetfelder Straße im Bereich mit der Kreuzung der Wiescherhöfener Straße aktuell eine Lärmschutzwand auf mehreren Hundert Metern errich-

tet, weil die Bahnstrecke nahe an den Wohnhäusern der Weetfelder Straße und dem Wiescherbachweg entlangläuft.

Leider gibt es diese Lärmschutzwand nur einseitig. Nebeneffekt: **Der Schall wird direkt auf die Wohnhäuser zurückgeworfen, an deren Seite kein Lärmschutz besteht.** Der Bürgerinitiative der Anwohner, die sich dort formiert hat, wurde erklärt, dass eine **beidseitige Lärmschutzwand nicht möglich ist**, weil an einer Seite Kabelkanäle im Untergrund entlang der Bahnlinie liegen. Allerdings wurde kürzlich bekannt, dass es sich hier um ein **Leerrohr** handelt ... *Schilda lässt grüßen ...*

Nationale Nachrichten:

Treibhausgasemissionen sinken um ca. 10 %

Die aktuellen Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) für das Jahr 2023 zeigen, dass die Treibhausgasemissionen für Deutschland um mehr als zehn Prozent gesunken sind. Das ist der höchste Rückgang seit mehr als 30 Jahren.

Ein wichtiger Faktor: der erfolgreiche Ausbau erneuerbarer Energien. Vor allem in den Bereichen Energie und Industrie wurden deutlich mehr Treibhausgase eingespart als die Klimaziele erforderten. Dazu trug bei, dass wenig Kohlestrom erzeugt wurde und der Ausbau der erneuerbaren Energien an Tempo gewonnen hat.

In allen Sektoren werden Treibhausgase eingespart. Dabei übererfüllen Energiewirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft ihre Klimaziele. In den Bereichen Gebäude und Verkehr werden die Klimaziele für 2030 nicht erreicht, wenn nicht weitere Maßnahmen getroffen werden.

Die Energiewirtschaft übertrifft ihr Klimaziel um 175 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, die Industrie um 37 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Landwirtschaft sowie Abfallwirtschaft und Sonstiges übererfüllen ihre Ziele um 17 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.

Der Gebäudebereich verfehlt sein Ziel bis 2030 um 32 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, auch wenn dort eine Emissionsminderung von 7,5 Prozent oder 8,3 Millionen Tonnen erreicht wur-

de. **Der Verkehrssektor emittierte 2023 rund 1,8 Millionen Tonnen oder 1,2 Prozent weniger als 2022, aber rund 13 Millionen Tonnen über seiner zulässigen Jahresemissionsmenge** nach dem Klimaschutzgesetz. **Der Verkehr verfehlt als einziger Bereich sein Ziel deutlich.** Ursache für den Emissionsrückgang ist ein leicht abnehmender Straßengüterverkehr. Der private Pkw-Verkehr hat 2023 im Vergleich zu 2022 dagegen leicht zugenommen. In diesem Bereich wirken die im vergangenen Jahr neu zugelassenen Elektrofahrzeuge leicht emissionsmindernd. UBA

Aktuelle Zahlen und Daten zum Wolf in Deutschland: Bundesweit 209 Rudel

Im Monitoringjahr 2023/2024 gab es in Deutschland **209 Wolfsrudel**. Das Wolfsvorkommen in Deutschland konzentriert sich wie in den Vorjahren auf das Gebiet von Sachsen in nordwestlicher Richtung über Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nach Niedersachsen. Auch in Bayern, Hessen, NRW, Rheinland-



Foto: ccvision.de

Pfalz, Thüringen und Schleswig-Holstein wurden Wolfsterritorien nachgewiesen.

Die meisten Wolfsrudel lebten im Monitoringjahr 2023/2024 (1. Mai 2023 bis zum 30. April 2024) in Brandenburg (58), gefolgt von Niedersachsen (48) und Sachsen (37). Neben den 209 Rudeln sind zusätzlich **46 Wolfspaare sowie 19 sesshafte Einzelwölfe** bestätigt. Im vorhergehenden Monitoringjahr 2022/2023 wurden 185 Rudel, 58 Paare und 22 sesshafte Einzelwölfe nachgewiesen.

Es wurden 1601 Wolfsindividuen nachgewiesen (Vorjahr 1339): 535 adulte Wölfe, 162 Jährlinge (Wölfe im 2. Lebensjahr) und 781 Welpen (Wölfe im 1. Lebensjahr). Bei 123 Individuen war nicht eindeutig zu ermitteln, ob es sich um adulte Wölfe, Jährlinge oder Welpen gehandelt hat.

Die Anzahl aufgefundener toter Wölfe im Monitoringjahr 2023/2024 lag bei 193 Tieren (Monitoringjahr 2022/2023 159 Totfunde); ein Großteil der Tiere, insgesamt 150, ist dabei durch **Verkehrsunfälle** gestorben. Bei elf Wölfen war die Todesursache natürlichen Ursprungs, bei zwei Wölfen waren anthropogene Umstände (u. a. Verfangen in einem Weidenetz) für den Tod verantwortlich. Bei neun tot aufgefundenen Wölfen wurde **illegaler Beschuss** festgestellt, welcher nicht tödlich verlief. Weitere 13 Wölfe wurden im Monitoringjahr 2023/2024 **illegal getötet**.

galer Beschuss festgestellt, welcher nicht tödlich verlief. Weitere 13 Wölfe wurden im Monitoringjahr 2023/2024 **illegal getötet**.

Schließung des Bergwerks Gorleben beendet jahrzehntelangen Irrweg

Die Schließung markiert den Abschluss eines Kapitels bundesrepublikanischer Geschichte und eines gesellschaftlichen Konflikts. Gorleben war bereits vor vier Jahren als möglicher Standort für ein Endlager ausgeschieden, als die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) festgestellt hat, dass der **Salzstock nicht der geologisch bestmögliche Standort für ein Endlager** ist. Daher wird das Bergwerk nun verfüllt.

„Mit der Schließung und Verfüllung des Bergwerks Gorleben endet ein politisch motivierter Irrweg. Die Schließung setzt den Schlusspunkt in einem gesellschaftlichen Großkonflikt, der dieses Land jahrzehntelang beschäftigt und gespalten hat. **Die Wahl von Gorleben als Endlager-Standort war nicht wissenschaftlich bestimmt, sie war politisch gesetzt**“, so Bundesumweltministerin Steffi Lemke.

Zöglinge abzugeben

Hans Peter ist Natur- und Gartenfreund. Auf seinem Grundstück an der Kamener Straße hat er eine Menge Bäumchen vorgezogen, die er gar nicht alle auf seiner Fläche einsetzen kann.

Sollte jemand Bedarf haben, kann er sich gern unter der Telefonnummer 0177-1915336 melden.

Abgegeben werden Eiche, Esche, Spitzahorn, Salweide, Trauerweide und Hainbuche.



Das geplante Zwischenlager Gorleben, gesichert wie eine Festung mit Wasserwerfern an allen Gebäudeecken.



Bebauung am Schloss Heessen im Überschwemmungsbereich der Lippe

Zurzeit wird an der Schlossmühle Heessen gebaut. Entlang der Schlosstraße entstehen Wohnhäuser, im Gegenzug wird die lange aufgeschobene Restaurierung der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Schlossmühle Heessen umgesetzt.

Der Bereich der Wohnbebauung liegt innerhalb des Überschwemmungsgebiets der Lippe

und nicht – wie im Bebauungsplan 07.093 „Schlossmühle Heessen“ beschrieben wird – „direkt an der Grenze des gesetzlichen Überschwemmungsbereichs“. **Die Lippeau erstreckt sich nach Norden bis zur Dolberger Straße, teils noch weiter nördlich darüber hinaus.**

Nun ist die Lippe ein Flachlandfluss und nicht vergleichbar mit den großen Wasserläufen von Oder, Elbe und Rhein, aber auch hier können erhebliche Wassermassen durch die Aue strömen. Über-

schwemmungsgebiete zu bebauen kann im Hochwasserfall fatale Folgen haben. Früher stand das Lippewasser bei Hochwasserereignissen auf dem Flugplatz sowie im weiteren Verlauf bis zur Heessener und Dolberger Straße. Hier zu bauen verbietet sich aufgrund der geografischen Lage. Der Verdacht liegt nahe, dass das Bauvorhaben mit der (begrüßenswerten) Restaurierung der Schlossmühle zu sehen ist, die sich in Privatbesitz befindet – hier soll wertvoller Wohnraum geschaffen werden.



Die Bilder zeigen oben die Bautätigkeiten, in der Mitte die zerfallene Schlossmühle und unten das in Sanierung befindliche Gesindehaus, in dem acht Wohneinheiten entstehen sollen. Rechts daneben – nur einige Meter weiter – die Idylle der nahen Lippeau.

Lichtverschmutzung gefährdet Ökosysteme

Bereits wenig künstliches Licht gefährdet nach Angaben von Wissenschaftlern zahlreiche Ökosysteme. Neue Studien über künstliches Licht bei Nacht zeigten, dass die Auswirkungen der Lichtverschmutzung weitreichender seien als bisher gedacht, berichteten das Deutsche Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung Halle-Jena-Leipzig (iDiv) und die Universität Jena in der Fachzeitschrift *Philosophical Transactions of the Royal Society B*. Bereits **geringe Mengen künstlichen Lichts könnten die Stabilität von Artengemeinschaften und Ökosystemen stören**.

Nach Angaben der Wissenschaftler nimmt die künstliche Beleuchtung weltweit zu. Die Lichtverschmutzung, die jedes Jahr um bis zu zehn Prozent steige, unterbreche die natürlichen Lichtzyklen, die im Laufe der Erdgeschichte weitgehend konstant gewesen seien, heißt es. Diese Zyklen seien für Organismen, die auf Licht als Energie- und Informationsquelle angewiesen sind, lebenswichtig.

Bislang konzentrierten sich Studien zur Lichtverschmutzung meist auf die menschliche Gesundheit und einzelne Arten, betonen die Wissenschaftler. Die Untersuchung ganzer Ökosysteme sei hingegen oft außen vor geblieben.

„Arten existieren nicht isoliert, sondern interagieren auf vielfältige Weise“, erklärte Myriam Hirt von iDiv und der Universität Jena, die mit Remo Ryser die Herausgabe der Sonderausgabe der Zeitschrift redaktionell leitete. „Unser Ziel war es, besser zu verstehen, wie sich die Aufhellung des Nachthimmels auf ganze Ökosysteme und die damit verbundenen Ökosystemleis-

tungen auswirkt.“ Dazu wurden unterschiedliche Ökosysteme im Labor nachgebaut.

In mehreren Studien wiesen die Biologen z. B. nach, dass die **Auswirkungen von künstlichem Licht** auch **unterirdische Bodengemeinschaften** erreichen und die **Bodenatmung sowie die Wirksamkeit der Kohlenstoffnutzung** beeinflussen. Künstliches Licht beeinflusse auch die Aktivität von Insekten, was zu mehr Jagdverhalten führe. Es verringere die pflanzliche Biomasse und deren Vielfalt und führe zur Veränderung von Pflanzenmerkmalen wie der Behaarung der Blätter.

Auswirkungen größer als bisher vermutet

Durch künstliches Licht können sich nach Erkenntnissen der Forscher auch die **Zeiträume verschieben**, in denen **Arten aktiv sind**. Das könne den Fortbestand von Arten beeinflussen. „So verändert z. B. eine Verschiebung der Aktivität von tagaktiven und dämmerungsaktiven Arten in die Nacht die Aussterberisiken in der gesamten Artengemeinschaft“, sagt Ryser.

Weitere Studien weisen zudem nach, dass künstliches Licht Dominoeffekte haben kann, die sich auch auf den Menschen auswirken. So könne künstliches Licht bei Nacht zum Beispiel die Häufigkeit und das Verhalten von Stechmücken beeinflussen – etwa die Wirtssuche, die Paarung und die Flugaktivität. Dies könnte weitreichende Folgen für die Übertragung von Krankheiten wie Malaria haben.

Friedrich-Schiller-Universität Jena

In Zusammenhang zum vorstehenden Kurzbericht weist die ÖKOLOGISCHE auf die Beleuchtung des Radwegs Baumhofstraße hin. Der Radweg von der Weetfelder Straße kommend führt zwischen einem Naturschutzgebiet und einem Landschaftsschutzgebiet hindurch und endet an der Martinstraße („Sieben Brücken“). Proteste von Naturschützern verhallen bei Politik und Verwaltung ungehört.



Lederlaufkäfer, leidet wie alle Käfer unter Lichtbestrahlung in der Nacht.

Buchbesprechung

Der Holzweg: Wald im Widerstreit der Interessen

Drei Trockenjahre in Folge haben in Deutschland Waldschäden bislang nicht gekannten Ausmaßes sichtbar werden lassen. Davon sind besonders Fichten, Kiefern und nicht heimische Baumarten, vereinzelt auch Eichen und Buchen betroffen. Die Ursachen liegen nicht nur im Klimawandel, sondern auch im Umgang mit den Wäldern seit 200 Jahren. Die bisher vorwiegend vom Holzerlös abhängigen Erfolgsbilanzen der Forstbetriebe haben sich als falsch, für die Zukunft unserer Wälder schädliche Messlatte erwiesen.

Mit diesem Buch wird besorgten und kritischen Stimmen zur Situation des Waldes in Deutschland Raum gegeben. 36 fachlich ausgewiesene Autoren legen ihre Einsichten und praktischen Erfahrungen in aller Klarheit dar – **als Kritik an verfehlten Forstpraktiken, als Weckruf an die Zivilgesellschaft und als dringender Appell an die Politik, die längst überfällige ökologische Waldwende einzuleiten**. Vor allem der öffentliche Wald muss mit der ihm gesetzlich auferlegten Vorbildfunktion der Daseinsvorsorge Natur und Menschen dienen.

Hans Dieter Knapp, Siegfried Klaus, Lutz Fähser (Hrsg.): Der Holzweg – Wald im Widerstreit der Interessen. ISBN 978-3-96238-266-7



RVR Holz im Geithewald weiter

Weiterer Holzeinschlag führt zu erneutem Lebensraumverlust in einem ansich gesicherten Schutzgebiet

Der Regionalverband Ruhr (RVR) hat **offensichtlich nichts dazugelernt**. In den Wintern 2017 bis 2019 fanden im Geithewald umfangreiche Baumfällarbeiten statt. Die Geithe ist ein Naturschutzgebiet und ein Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (FFH), es steht also großflächig unter einem **besonderen Schutz**.

Naturschutz auf der einen und Holzwirtschaft auf der anderen Seite stehen sich hier **konträr gegenüber**. Die Forderung von Naturschutzverbänden, in Schutzgebieten nicht einzugreifen, wird vom Forst nicht verfolgt – und von den Förstern des RVR erst recht nicht. Durch das Ergebnis der Arbeiten vor 2017 wurde dies ausreichend dokumentiert. Kritisiert von Naturschützern wurde der Einsatz schwerer Maschinen auf den empfindlichen Waldböden und Wegen, die für lange Monate zerstört und unbegehrbar wurden. Es kamen ein Harvester (eine Vollerntemaschine, die fällt, entastet und auf passende Längen zurechtschneidet) zum Einsatz. Schneisen wurden geschlagen, die als Rückegassen genutzt wurden. **Viele Höhlenbäume wurden gefällt**, die grundsätzlich in einem NSG und FFH-Gebiet **erhalten** bleiben müssen.

Der in der Nähe wohnende Dieter Hickmann (fachlich versiert als ökologisch arbeitender Landschaftsgärtner) zählte 30-50 solcher Altbäume (siehe ÖKOLOGISCHE Nr. 4 aus 2020, Seiten 18-

22). Es war ein Fiasko. Paul Ortman, früherer BUND-Hamm-Vorsitzender, bezeichnete den Holzeinschlag als „**Holzmassaker**“. Kritik kam auch von Jürgen Hundorf, NABU-Vorsitzender. Von der **Kommunalpolitik kam wenig**, zaghaft wurden die zerstörten Wege kritisiert, weniger der ökologische Verlust für Flora und Fauna. Von der **unteren Naturschutzbehörde** der Stadt Hamm **keine Unterstützung zur Wahrung ökologischer Verhältnisse**, die Behörde hielt sich bedeckt.

Als Ende November 2024 die Arbeiten begannen, ahnten die Naturschützer nichts Gutes. Die Bilanz 2025 unterscheidet sich von der Maßnahme 2017 nur dadurch, dass sie kleiner ausgefallen ist. Auch jetzt wurden wieder geschützte Höhlenbäume gefällt, Dieter Hickmann hat sie fotografisch dokumentiert (siehe Fotos unten). Der verantwortliche Förster des RVR ist 2024/25 derselbe wie 2017, Oliver Stenzel-Franken. Unter seiner Regie hat sich nichts geändert. Dirk Bieker ist Betriebsleiter des RVR Ruhr Grün, früher war er sogar Leiter des „Landesfachausschusses Wald“ beim NABU NRW! Er verteidigt die Maßnahme und begründet sie mit der erforderlichen Fällung von nicht standortgerechten Amerikanischen Roteichen. Zudem hätte die Hasel überhand genommen und die Hainbuche verdrängt. Klimaschutz, heutzutage wichtiger denn

je, ist durch Großbäume zu erreichen, Neuanpflanzungen benötigen Jahrzehnte, um den Verlust für das Klima auszugleichen. Für den Artenschutz, insbesondere Insekten, stellen die fremdländischen Roteichen allerdings kaum eine Bedeutung dar.

Ob in einem NSG-/FFH-Gebiet eingegriffen werden muss, sehen Naturschutzverbände nicht so. Der Wald kommt ohne menschliche Eingriffe zurecht; je weniger gemacht wird, desto besser ist es für die Artenvielfalt. Eine **Nutzung sollte es in einem Schutzgebiet nicht geben**, dafür stehen andere Wälder zur Verfügung. Sonst erübrigt sich die Ausweisung von Schutzgebieten grundsätzlich. Etlliche Förster sehen das leider anders – zum Glück nicht alle.

Naturschutz wird beim RVR am Rande betrieben. Der Verband ist für die staatliche Regionalplanung in der Metropole Ruhr zuständig und Träger bedeutender Infrastrukturprojekte, wie der „Route der Industriekultur“ und des „Emscher Landschaftsparks“. Zu den Aufgaben zählen Schutz und Pflege der Umwelt durch Sicherung von Freiflächen (in der Praxis verbunden mit Wegebau durch ökologisch wertvolle Gebiete). Der RVR ist der größte kommunale Waldbesitzer Deutschlands. Zu den Aufgaben gehören die regionale Wirtschafts- und Tourismusförderung und die Öffentlichkeitsarbeit für die Metropole Ruhr.



Gefällte Höhlenbäume im Geithewald nehmen Vögeln und Fledermäusen Lebensraum; 2024 ebenso wie 2017.

Fotos: Dieter Hickmann (3)

Gartenausstellung im Maxipark geplant

Stellungnahme der LNU zum Bebauungsplan: Geschütztes Großseggenried vor der Versiegelung – Entsiegelung der Straße „Am Maximilianpark“ bisher kein Thema für die Planer



Die nordöstliche Fläche des Bebauungsplans soll die Internationale Gartenausstellung 2027 belegen.

Der Maximilianpark in Uentrop will größer werden. Für 2027 ist eine „internationale Gartenausstellung“ geplant. Dazu soll ein „Gartenkompetenzzentrum“ eingerichtet werden, das sich an die östliche Grenze des Parks zwischen den Straßen Am Maximilianpark und Braamer Straße anschließt.

Die Planung sieht vor, dass südwestlich der Straße Am Maximilianpark eine Fläche mit dem Bebauungsplan „01.129 östlich Maximilianpark“ (B-Plan) und eine weitere Fläche nordöstlich der Straße belegt wird. Es geht um 3,26 Hektar.

Der ökologische Wert der südwestlichen Fläche des B-Plans ist hoch. Hier befindet sich an einem Gewässer angelehnt ein **Feuchtbiotop**, das in der Tabelle der Bilanzierung des derzeitigen Zustands und des Zustands nach durchgeführter Maßnahme mit der Wertstufe 8 (**Großseggenried, geschützt nach § 30 BNatSchG**) belegt worden ist. Dieser Bereich mit der höchsten hier vergebenen Wertstufe in der Biotoptypentabelle sollte unbedingt erhalten und planungsrechtlich gesichert werden. Die Fachliteratur bezeichnet solche Biotoptypen als „**nicht ausgleichbar**“, da der Zeitfaktor zwischen Eingriff und Wiederher-

stellung **30 bis 100 Jahre** betragen kann. Ein Ausgleich für ein solch wertvolles und geschütztes Biotop ist kurzfristig nicht durchführbar. Es kommt hinzu, dass ausgerechnet auf dieser Fläche ein versiegelter Lagerplatz entstehen soll, der von schweren Lkws befahren wird. Die LNU regt daher in ihrer Beurteilung des B-Plans an, diesen südwestlichen Teil aus dem B-Plan herauszunehmen. Sollte der Lagerplatz an anderer Stelle asphaltiert und nicht nur mit einer geschotterten, wasserdurchlässigen Decke versehen werden, ist ein höherer ökologischer Ausgleich für die Versiegelung zu leisten als aktuell vorgesehen.

Für den Star liegt ein Brutnachweis auf angrenzender Fläche vor. Für Kiebitz, Sperber und Steinkauz besteht Brutverdacht. Für den Star sind daher künstliche Nisthilfen anzubringen (was mit geringem Aufwand möglich wäre). Für den Kiebitz ist bereits eine Ersatzfläche auf dem angrenzenden Maisacker an der Braamer Straße vorgesehen.

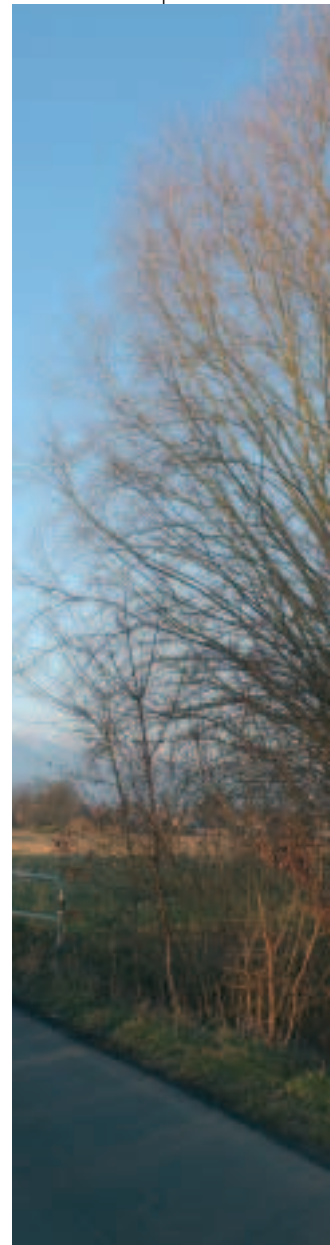
Hecken und Sträucher sollen im Gartenzentrum angelegt werden, sie werden als Ausgleich für im Plangebiet vorhandene Habitatstrukturen gewertet. Das ist unrealistisch, denn **Hecken und Sträu-**

cher in einem Garten erreichen längst nicht den ökologischen Wert einer Hecke im Freiland für wild lebende Arten. Hier ist die Bilanz entsprechend aufzuwerten.

Fledermäuse nutzen das Gebiet für die Nahrungssuche. Möglich ist, dass es Höhlenbäume im Gebiet gibt, die von Fledermäusen genutzt werden. Das Gutachterbüro hat angegeben, dass bei Baumfällarbeiten auf von Fledermäusen genutzte Quartiere zu achten ist. Sollte dies der Fall sein, müssen Ersatzquartiere zur Verfügung gestellt werden. Keinesfalls

kann dies wirksam werden, wenn die Baumfällarbeiten bereits begonnen haben. Bewohnte Quartiere sind daher rechtzeitig zu kartieren, damit die Ersatzlebensräume sinnvoll werden können. Fledermäuse reagieren äußerst empfindlich auf den Verlust von Lebensräumen, neue Quartiere (künstliche Hilfen) werden in der Regel erst nach Jahren angenommen. Es ist unwahrscheinlich, dass dies im gleichen Jahr des Lebensraumverlustes ausgeglichen werden kann.

Es wird eine Flächengröße von ca. 9500 Quadratmetern versiegelt, das entspricht knapp 1 ha. Die Aussage, dass dies eine zu vernachlässigende Flächengröße gegenüber der B-Plan-Fläche von 3,26 ha ist, widerspricht die LNU. **Versiegelte Flächen heizen sich auf und tragen zum Klimawandel bei.** Ebenso ist die Aussage nicht nachvollziehbar, dass die geplanten Grün-



flächen im Gartenkompetenzflächen zur Minimierung der Planungsauswirkungen beitragen werden. Auf unbewirtschafteten Ruderal-/Freiflächen finden sich andere wild lebende Arten ein als in einem gepflegten Garten.

Sofern die Dachfläche des Gebäudes HN1 für eine PV-Anlage geeignet ist, sollte sie zwingend vorgeschrieben werden. Seit dem 01.01.2025 gilt für neu errichtete Privatgebäude eine solche Vorschrift.

Ver- und Entsiegelung sind auch in diesem B-Plan behandelte Themen. Entsiegelung wird pau-

.....
Landschaftsprägendes Element und gleichzeitig Kletterparadies für die Kinder der Anwohner: Kopfweide an der Straße „Am Maximilianpark“.



Landschaftstrukturen und Großseggenried im Bebauungsplan „östlich Maximilianpark“.



schal angesprochen, aber eine praktizierte Entsiegelung ist nicht vorgesehen. Daher regt die LNU an, den **Weg „Am Maximilianpark“** ab der Einfahrt zur Firma Schroeder & Sohn Fensterbau in nördliche Richtung **bis zum Grenzweg zu entsiegeln**. Die schweren Fahrzeuge der Firma können die vorhandene asphaltierte Wegstrecke ab der Langen Reihe bis zur Grundstückseinfahrt weiter nutzen, für den Pkw-Verkehr der Anwohner am Grenzweg steht die neue Planstraße am Ostrand der Erweiterungsfläche zur Verfügung. Fußgänger und Radfahrer können auch eine wassergebundene Wegstrecke nutzen. In allen Parkanlagen Hamms gibt es keine asphaltierten Wegstrecken, hier bietet sich eine **Möglichkeit der Entsiegelung** in einem parkähnlichen Bereich an, wie sie immer wieder gefordert wird und hier endlich umgesetzt werden kann.

Der Weg „Am Maximilianpark“ wird von Anwohnern für die ruhige Naherholung genutzt. Künftig wird eine „ruhige“ Naherholung nicht mehr möglich sein, da das Gartenzentrum zusätzliche Besucher anlocken wird.

Es muss vermieden werden, dass Schmutzwasser insbesondere vom vorgesehenen Lagerplatz in das nebenliegende Fließgewässer austreten kann, sollte der südwestliche Teil des B-Plans bestehen bleiben.

An der Straße „Am Maximilianpark“ steht an der Ostseite in Höhe

des Gewässers eine große Kopfweide. Sie ist einerseits ein prägendes Landschaftselement und andererseits ein Spielplatz für Kinder, die den Baum zum Klettern (natürlicher Spielplatz) nutzen. Dieser Baum sollte erhalten werden, auch wenn er als Bruthabitat aufgrund seiner straßennahen Lage vermutlich nicht infrage kommt.

Wird das Gebäude des Gartenkompetenzentrums beleuchtet oder bestrahlt? Es ist darauf zu achten, dass keine auf Fledermäuse wirkenden Lichtimmissionen entstehen und eine Abstrahlung nur gezielt auf den Boden wirksam wird. Selbst solche **Lichtimmissionen beeinflussen Bodenlebewesen und kleine Säugetiere** negativ. Jagende Fledermäuse sind sommertags dauerhaft zu beobachten.

Festgestellt wird im Umweltbericht: „Aus naturschutzfachlicher Sicht gibt es keine tiefgreifenden Einwände gegen den B-Plan“. Auch wenn hier planungsrelevante Arten nicht leben, kann diese Aussage so nicht stehen bleiben. Die **Entfernung des Großseggenrieds, das Anlegen der Planstraße (die künftige Brutversuche des Kiebitzes verhindern wird), das Abholzen von Landschaftsstrukturen und das zusätzliche Besucheraufkommen** sind Auswirkungen, die auf die Schutzgüter Mensch, Boden, Klima, Licht, Flora und Fauna, Biotope und Arten negativ einwirken.

Rote Listen ein Spiegelbild des Zustands der wild lebenden Arten

Rote Liste NRW der Brutvögel wird länger

Die 7. Fassung der Roten Liste (RL) 2021 der Brutvogelarten in NRW ist wieder ein wenig länger geworden. Sie weist gegenüber der RL 2016 eine Zunahme von sieben Arten auf. 53 Prozent aller Vogelarten sind in den Gefährdungskategorien aufgeführt. 190 Brutvogelarten wurden untersucht, 166 brüten aktuell in NRW, 24 Arten gelten als ausgestorben. Erstellt wird die RL von der Nordrhein-Westfälischen Ornithologengesellschaft zusammen mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV).

Besonders die Arten des Offenlandes in der Agrarkultur und die Arten, die ihre Lebensräume in Mooren und Heiden finden, sind überdurchschnittlich in der RL vertreten. Kiebitz, Rotschenkel, Uferschnepfe, Rebhuhn und Großer Brachvogel als Bodenbrüter seien hier beispielsweise genannt; es sind Arten, die in Mooren, Wiesen und Weiden und in Gewässernähe früher immer wieder (fast häufig) anzutreffen waren, die heutzutage gesucht werden müssen.

Braunkehlchen, Uferschwalbe, Pirol und Wiesenpieper stehen mit weiteren Arten, insgesamt 39, in den Gefährdungskategorien 1 („Vom Aussterben bedroht“) und 2 („Stark gefährdet“). Selbst der Kuckuck, dessen Ruf im Mai in früheren Jahren im Außenbereich tagtäglich hörbar war, ist heute selten geworden; er steht in der Kategorie 2. Besser sieht es bei der Feldlerche aus, sie wird in der Kategorie 3 („Gefährdet“) aufgelistet. Auch der Feldsperling, ein „Allerweltvogel“, wird in dieser Kategorie aufgeführt, der Haussperling ist nicht dabei.

Die sogenannte „Vorwarnliste“ führt Arten auf, die im Bestand deutlich zurückgegangen, aber noch nicht in eine Gefährdungskategorie einzuordnen sind. Zu den aufgeführten neun Arten zählen Turmfalke, Sumpfrohrsänger und

Wacholderdrossel. Selbst der Fitis, einer der frühen Rückkehrer aus den südlichen Überwinterungsgebieten, gehört dazu. Das gleiche gilt für den Gartenrotschwanz (Foto auf Seite 15), dessen Vorkommen in Hamm allerdings nur noch selten feststellbar ist. In der Vorgänger-RL aus 2016 stand er noch in Kategorie 2.

In der Kategorie 0 („Ausgestorben und verschollen“) stehen in NRW mit Fischadler und Kornweihe zwei Arten, die in früheren Jahren zum Bestand gehörten.

In der Kategorie R („Extrem selten“) werden Arten mit seltenen oder lokal vorkommenden Brutbeständen aufgelistet. Sie sind nicht unmittelbar bedroht, können aber gegenüber unvorhergesehenen Gefährdungen anfällig sein. Dazu gehören 13 Arten, so z. B. der Kranich.

Für Verwirrung sorgte die Überschrift im Westfälischen Anzeiger „Kaum noch Stare, dafür viele Kraniche“ als Bericht über die Wintervogelzählung des NABU im Januar dieses Jahres. Nun hält sich der Star im Januar noch in wärmeren Gegenden auf und kommt in der Regel erst im Frühjahr zurück (Ausnahmen gibt es immer), während Kraniche auf dem Rückflug nach Norden die heimischen Gärten in großer Höhe überfliegend sicher nicht gemeint waren, die mit dieser Zählung erfasst werden sollten.

Es lohnt sich, einen Blick auf die **Internetseite der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft (OAG)** www.oag-hamm.de zu werfen. Hier werden auch die oft seltenen Durchzügler genannt, die in unserer Region nicht brüten, aber in den ökologisch wertvollen Gebieten zu beobachten sind.

Auf dem Titelbild ist das Blaukehlchen abgebildet: Kategorie 3.

Rote Liste der Heuschrecken: Rund ein Drittel bestandsgefährdet

Rund ein Drittel der Heuschrecken- und Fangschreckenarten Deutschlands gilt als be-

standgefährdet. Das zeigt die neue Rote Liste Deutschland, die das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Rote-Liste-Zentrum (RLZ) gemeinsam veröffentlicht haben.

Dabei gibt es Gewinner und Verlierer: Der bisher ungefährdete Feld-Grashüpfer steht jetzt auf der Vorwarnliste, ihm macht der Verlust seines Lebensraumes – geeignete Wegränder, Feldraine, Randstreifen – zu schaffen. Wärmeliebende Arten, wie beispielsweise die Europäische Gottesanbeterin, profitieren vom Klimawandel, sie breitet sich in Deutschland weiter aus. Der Lebensraum des Sumpfgrashüpfers hingegen ist aufgrund der vermehrten sommerlichen Dürreperioden durch den Klimawandel, aber auch durch Einsatz von Entwässerungssystemen, stark zurückgegangen.

Insgesamt 26 Arten (31,3 %), gelten als bestandsgefährdet: davon sind 6 Arten (7,2 %) vom Aussterben bedroht, 10 Arten (12,0 %) stark gefährdet und 10 Arten (12,0 %) gefährdet. Weitere 9 Arten (10,8 %) sind noch nicht bestandsgefährdet im Sinne der Rote-Liste-Kategorien, stehen aber auf der Vorwarnliste. Ungefährdet sind derzeit 41 Arten – dies entspricht 49,4 % der einheimischen Arten, darunter so bekannte Arten wie der Gemeine Grashüpfer, die Feldgrille und das Grüne Heupferd.

Viele **Heuschreckenarten** leiden darunter, dass ihre **Lebensräume ganz verschwinden, fragmentiert werden oder die Qualität stark verschlechtert** ist. Dies gilt vor allem für die intensiv genutzte Landschaft, aber auch für Naturschutzgebiete. Daneben werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher: Zu den Verlierern gehören insbesondere Arten, die eine hohe Habitatfeuchte oder ein kühles Bergklima benötigen.

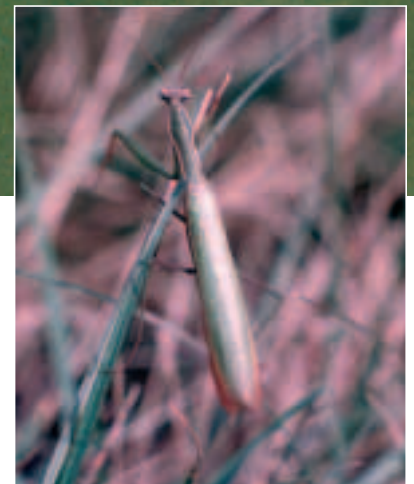
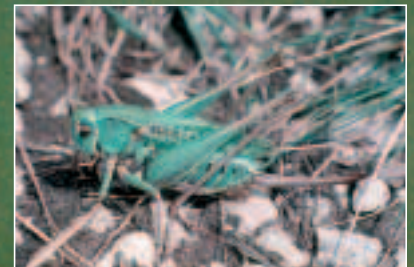
Seit Mitte des letzten Jahrhunderts wurden wertvolle Insektenlebensräume, wie Magergrünland, Halbtrockenrasen und Heiden, großflächig in andere Nutzungsfor-



Der Gartenrotschwanz

Für diese Art ist ein Individienrückgang von etwa 80 Prozent in NRW festgestellt worden. Die Bestandszahlen schwanken allerdings regional erheblich. In Hamm wird der Brutbestand auf unter zehn Brutpaare geschätzt.

In der Roten Liste 2021 steht die Art für die Region der Westfälischen Bucht in der Kategorie „Vorwarnliste“, in der Fassung von 2016 noch in Kategorie 2 („Stark gefährdet“). Die Ernährung besteht vorwiegend aus Insekten und Käfern. Das Verschwinden großer Insektenbestände kann eine Ursache für den Rückgang des Gartenrotschwanzes sein. Das Nest wird in Baumhöhlen angelegt, die vom Tageslicht beeinflusst sein sollten. Das Bild zeigt ein Weibchen.



men überführt: Aufforstung von Offenlandhabitaten, Flurbereinigung/Homogenisierung der Landschaft, Gewässerbau, Grünlandumbruch, Rekultivierung/Gehölzsukzession in ehemaligen Abbaustätten, Überbauung und der Verlust von Stilllegungsflächen.

Auch in Naturschutzgebieten sind in den letzten Jahren Populationen erloschen. Dies betrifft hochspezialisierte Arten des Offenlan-

des. Gefährdungsursachen liegen in der Nutzungsaufgabe von ertragsschwachen Standorten oder im naturschutzfachlich gewollten Prozessschutz. Hierdurch verbuschen wertvolle Lebensräume wie mageres Grünland, Halbtrockenrasen und Heiden. Weitere Beeinträchtigungen stellen hohe Luftstickstoffdepositionen und ungeeignete Habitatpflege dar.

Die Wärme liebende Gottesanbeterin profitiert vom Klimawandel, das Heupferd (oben) verliert Lebensräume.



Das Landschaftsschutzgebiet Wiescherbachsenke mit reichen Heckenstrukturen und Grünlandbereichen, in denen seltene und streunende Arten vorkommen, ist ein wertvolles Landschaftselement. Rechts ist die rötliche Fassade der Druckerei RIBA (heute pro zero), am oberen Bildrand Teile des Rangierbahnhofs. Von der unteren linken Ecke führt die Weetfelder Straße, soll durch dieses LSG geführt werden.

Geplante Trasse der K 35n zerstört das Landschaftsschutzgebiet Wiescherbach-Senke

Der Multi Hub Westfalen auf dem Rangierbahnhof ist ohne neue Straßen in Hamm nicht realisierbar

Die Planung der K 35n (Weetfelder Straße neu) von der Kamener Straße durch das Landschaftsschutzgebiet (LSG) Wiescherbach-Senke zur Rathenaustraße geht in die entscheidende Phase. Über diese Straße soll der Lkw-Verkehr zum noch zu bauenden Verladeterminale Multi Hub Westfalen auf dem Rangierbahnhof geführt werden. 600 Lkw-Anfahrten pro Tag sind

prognostiziert. Der Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung lag bis zum 07.10.2024 aus. Die von den Auswirkungen des Straßenbaus betroffenen Anwohner, die Träger öffentlicher Belange und die Naturschutzverbände konnten Stellungnahmen abgeben. Vier Einwander haben dies genutzt, darunter die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V., in der die

BG Weetfeld Mitglied ist. Auch drei Anwohner haben fristgerecht ihre Anregungen und Änderungsvorschläge eingereicht.

Der Artenbestand im Untersuchungsraum ist sehr hoch. 14 planungsrelevante Vogelarten wurden kartiert: Steinkauz, Nachtigall, Bluthänfling, Star, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe, Sperber, Turmfalke, Mäusebussard, Baumpieper,



ng geschützte Vogel- und Amphibienarten leben. Links die Kamener Straße mit der Zufahrt zur ehemaligen Zeche Heinrich Robert, Mitte verläuft quer nach rechts oben der Wiescherbach, den der Lippeverband mäandrierend renaturieren will. Die K 35n, die neue Foto: Blossey (www.luftbild-blossey.de)

Gartenrotschwanz, Teichrohrsänger, Kuckuck und Neuntöter. Dazu kommen sieben sicher festgestellte streng geschützte Fledermausarten und weitere Fledermausarten, die nicht sicher bestimmt werden konnten. Sieben Amphibienarten, davon die beiden planungsrelevanten Arten Laubfrosch und Kammmolch, konnten sicher kartiert werden. An Reptilien wurde die planungsrelevante Art Mauereidechse festgestellt, dazu kommt die Waldeidechse.

Dies unterstreicht die ökologische Bedeutung des Gebiets, das Naturschutzgebietscharakter besitzt. Die Wiescherbach-Senke weist viele kleine Bereiche auf, die

landwirtschaftlich ungenutzt als Brachflächen liegen gelassen werden. Weißstörche mit mehr als zehn Vögeln gleichzeitig suchen im Sommer die Wiesen und Weiden zur Nahrungssuche ab, der Silberreiher steht im Winter seit Jahren oft nahrungssuchend in der Fläche.

Die Planung greift gravierend auf insgesamt acht Schutzgüter ein, die im UVP-Bericht des Gutachterbüros Stelzig, Soest, beschrieben werden:

– Dies gilt für das Schutzgut „Menschen/menschliche Gesundheit“ im Zusammenwirken mit den Schutzgütern „Landschaft und Klima/Luft“; hier ist mit einer Verschlechterung zu rechnen.

- Der Eingriff in das Schutzgut „Boden“ ändert Standort- und Lebensraumbedingungen.
- Der veränderte Wasserhaushalt (Schutzgut „Wasser“) wird Auswirkungen auf die Vegetation der angrenzenden Lebensräume nach sich ziehen.
- Das Schutzgut „Klima/Luft“ wird beeinträchtigt und hat Folgen auf den Menschen und die menschliche Gesundheit, das Wasser (negativer Einfluss auf die Verdunstungsrate) und den Boden (negativer Einfluss auf das Mikroklima).
- Das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und Biologische Vielfalt“ wird durch den Lebensraumverlust erheblich beeinträchtigt. Es wird zu



Die BG Weetfeld wehrt sich gegen die Straßenplanung der K 35n durch das wertvolle Landschaftsschutzgebiet Wiescherbach-Senke. Grafik: BG Weetfeld e.V.

dauerhaften Störungen der Tierwelt kommen. Auch der Mensch wird Nachteile hinnehmen müssen in seinem Wohnumfeld und der Nutzung der Wiescherbach-Senke als Erholungsraum. Die Beseitigung von Vegetationsstrukturen hat negative Auswirkungen auf das Klima und die Luft.

- Die Veränderungen im Schutzgut „Landschaft“ werden sich negativ auf den Menschen und die menschliche Gesundheit auswirken.

Der Gutachter hat eine sogenannte „Raumwiderstandskarte“ erarbeitet, die die Lebensräume in Klassen eingeteilt, die aussagen, wie wichtig ein Gebiet für die Arten ist. Der Raum im Norden der Wiescherbach-Senke „Auf dem Daberg“ wird vom Kammolch bewohnt; eine streng geschützte Art, deren Lebensraum nicht zerstört werden darf. Amphibienschutz-Leiteinrichtungen können den Bestand nicht sichern, sondern sind meist nur etwas für die Fassade.

Der Süden der Wiescherbach-Senke wird von vielen Vogel-, Amphibien- und Reptilienarten bewohnt, z. B. vom Laubfrosch. Der Raumwiderstand ist auch dort hoch und hat Auswirkungen auf die dort lebenden Tier- und Pflanzenarten. Je nach dem jeweiligen Schutzstatus einer Art kann das dazu führen, dass sich eine Planung nicht durchführen lässt. Auch wird der künftig renaturierte Wiescherbach zusammen mit weiteren Geländestrukturen ein Ausschlusskriterium für den Straßenbau bilden.

Allein im mittleren Bereich der

Wiescherbach-Senke liegen Flächen mit schwachem Raumwiderstand, in den aber auch Teile des nördlichen Raumwiderstands hineinragen. Eine Trassenführung der K 35n durch die Wiescherbach-Senke schließt sich daher nach Einschätzung der LNU aus.

Im UVP-Bericht wird weiterhin festgestellt, dass ein durchgängig konfliktarmer Korridor für die Trasse der K 35n nicht zu finden ist. Unter diesen Voraussetzungen ist die Optimierung der vorhandenen Weetfelder Straße von der Kamener Straße bis zur Rathenaustraße und der Ausbau des südlichen Teilstücks der Rathenaustraße die Lösung, die die Schutzgüter Mensch und die menschliche Gesundheit, Natur und Umwelt, Wasser, Boden, Klima, Landschaft und Biologische Vielfalt am geringsten schädigt. Die Funktion der Wiescherbach-Senke als Kaltluftschneise bliebe erhalten und den Anwohnern an der Kamener Straße ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erspart. Das Planungsamt lehnt den Ausbau der vorhandenen Trasse aber ab.

Zu den Kosten der K 35n mit Ausbau der Rathenaustraße: Der Gutachter hatte sechs Varianten zu bewerten, die die Stadt Hamm vorgegeben hatte. Die Variante 1.0 (Ausbau der vorhandenen Weetfelder Straße mit einem Teilstück der Rathenaustraße nach Norden) wird mit Kosten von ca. 10 Millionen Euro geschätzt, die Variante 4.0 (Ausbau der Straße „Auf dem Daberg“) mit 8,3 Millionen Euro, die Variante 6.0 (Bau der K 35n auf

dem südlichen Deich des Wiescherbachs) mit 13 Millionen Euro.

Es wurde im UVP-Bericht versäumt, die sogenannte „Null-Variante“ (kein Straßenbau) darzustellen: Wie entwickelt sich der Verkehr, wenn der Multi Hub gebaut und das **Creativ-Revier Heinrich Robert** bezogen wird? Dort sind **8014 Anfahrten täglich in das neue Wohn- und Gewerbegebiet** zu erwarten. Die Stadt Hamm möchte die Variante 6.0 auf dem Wiescherbach verwirklicht sehen, der Gutachter eigentlich nicht: Im Bericht aus April 2024 hat er die Variante 3.2 (mitten durch das LSG) als umweltunschädlichste dargestellt, in UVP-Bericht aus August 2024 die Variante 4.0 „Auf dem Daberg“, aber mündlich auf der Bürgerversammlung die Variante 6.0 auf dem Deich am Wiescherbach als „Vorzugsvariante“ genannt. Dabei ist diese Variante in der Punktwertung aller sechs Varianten nur auf Platz 4 eingestuft worden. Wie soll man das verstehen?

Schon aus Kostengründen sind die Varianten 1.0 und 4.0 der Variante 6.0 vorzuziehen. Hier sollen Steuergelder für eine Variante zur Verfügung gestellt werden, die drei bzw. fünf Millionen Euro über der kostengünstigsten Variante liegt.

Zurzeit stellt der eingedeichte Wiescherbach noch eine Zerschneidung der Freiflächen durch den naturfernen Gewässerverlauf mit seinen Deichen dar. Dies ist der Ist-Zustand, der nach der Renaturierung des Wiescherbachs durch den Lippeverband keine Ähnlich-



Mehrere große Banner weisen auf den Natur zerstörenden geplanten Straßenbau hin. Grafik: BG Weetfeld e.V.

keit mehr mit dem heutigen Zustand haben wird. Der Wiescherbach wird einen naturnahen Verlauf erhalten und eine ökologisch hohe Funktion als Hochwasserspeicher bekommen. Der nördliche Deich wird durch die Renaturierung abgetragen.

Die K 35n wird eine erhebliche Zerschneidung der Biotope des LSGs darstellen, viel gravierender als zurzeit die Deiche des Wiescherbachs. Die Trasse durch das feuchte Gebiet des LSG wird demnächst vom Stadtrat festgelegt.

Der Verzicht auf die K 35n ist die beste Lösung, da die Güter für das Verladeterminale Multi Hub Westfalen bereits auf dezentralen Verladeterminale auf umliegenden Bahnstandorten (selbst im nahe gelegenen Bönen im Industriegebiet „Am Mersch“) verladen werden können. Die Strategie, „Güter von der Straße auf die Schiene“ zu bringen, ist richtig; für die Stadt Hamm bedeutet das aber, dass das Autobahnnetz um Hamm mit deutlich steigenden Lkw-Verkehren belastet wird. Eine **Entlastung findet auf weit entfernt liegenden Autobahnabschnitten statt, denn die Lkws müssen als Zielpunkt den Multi Hub Westfalen in der Hammer Innenstadt anfahren.** Die Wohngebiete in Pelkum, Herringen, Uentrop und Hamm-Mitte werden erheblich durch Lkw-Verkehre mit allen Auswirkungen durch Lärm und Schadstoffe belastet, denn von den Autobahn-

schlussstellen der A 1 und A 2 in Herringen, Bönen/Pelkum und Uentrop sowie von Norden aus Richtung Münster und Beckum (B 63) werden sich 40-Tonnen-Lkws ihren Weg zum Multi Hub suchen.

Sobald der Beschluss zum Bau der Straße vorliegt – und davon ist auszugehen, dass es im Rat eine Mehrheit gibt –, werden die Naturschutzverbände ihn prüfen und über die LNU eine gerichtliche Klage in Erwägung ziehen, wenn sie erfolgversprechend sein sollte.

Zusammenfassend sagt die Stellungnahme der LNU und BG Weetfeld Folgendes aus:

1. Kein Straßenneubau der Varianten durch die Wiescherbach-Senke.
2. Angeregt wird dezentrale Ver-

ladung von Containern und Anlieferung über die Schiene (ein Straßenneu- oder -ausbau ist nicht erforderlich).

3. Sollte der demokratische Beschluss des Rates der Stadt Hamm einen Neu- oder Ausbau der Weetfelder Straße vorsehen (dem BG und LNU sich beugen müssen), dann empfehlen sie die Variante 1.0 auf der Weetfelder Straße bzw. 4.0 auf der Straße „Auf dem Daberg“ (in dieser Reihenfolge).
4. Entlang der alten Trasse der Weetfelder Straße ist in jedem Fall ein Fuß- und Radweg anzulegen, denn die Nutzung der Straße für Fußgänger und Radfahrer im derzeitigen Zustand ist lebensgefährlich.



Eine Idylle, die nach dem Bau der Trasse der Weetfelder Straße (K 35neu) so nicht mehr vorzufinden sein wird. Foto: Gudrun Isenbeck-Geue

Wagte einen (vergeblichen) Blick in eine ökologisch ausgerichtete Zukunft:

73 Vorschläge der „Projektgruppe ‚pro hamm‘“

Sieben engagierte Hammer Bürger entwickelten bereits 1994 Ideen, Vorschläge und Forderungen für eine ökologische Stadt Hamm, der „Ökologischen Stadt der Zukunft“

Am 19. Januar 1994 trafen sich in der Wohnung des Münsteraner Professors Dr. Herbert Ant sieben Bürger aus Hamm, die in ihrer Heimatstadt etwas verändern wollten. Ihr Ziel war es, Hamm ökologischer zu gestalten. Politiker und die Mitarbeiter der Verwaltung der Stadt Hamm sollten angesprochen werden. Die Initiative ging von Herbert Ant aus, der einen Lehrstuhl für Biologie an der Wilhelms-Universität Münster innehatte.

Die Mitglieder der Projektgruppe „pro hamm“ waren:

Prof. Dr. Herbert Ant,
Mareile Bossemeyer,
Dr. Ursula Härting,
Gerd Köpke,
Paul Ortmann,
Ulrich Schölermann,
Bernd Westhoff.

Im Protokoll der ersten vierstündigen Sitzung skizzierten die Mitglieder „Allgemeine Feststellungen und Ziele“:

„‚Pro Hamm‘ ist eine kleine Gruppe engagierter Bürger der Stadt Hamm, die unabhängig von Partei- und Vereinszugehörigkeit

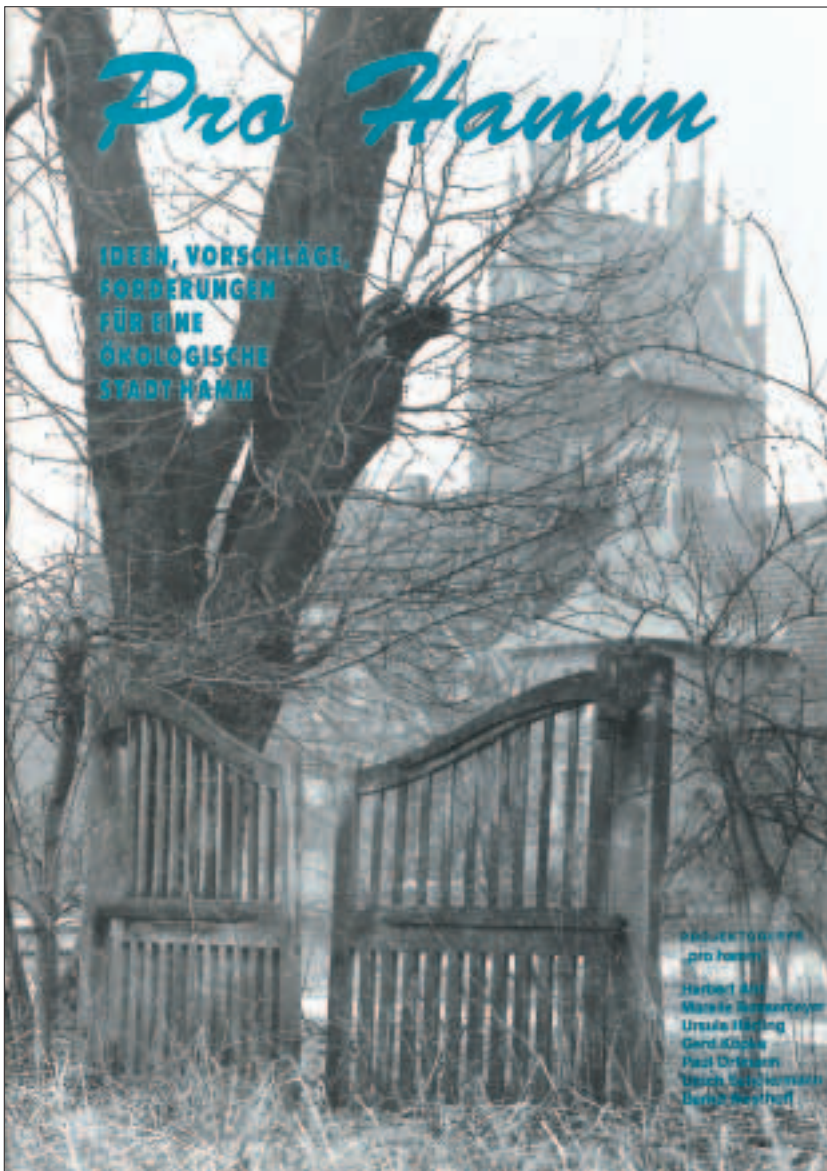
als Privatmenschen derzeitige Zu- und Missstände im Hammer Stadtgebiet dokumentieren wollen.

Die Arbeit wird auf ca. ein Jahr projektiert. Ergebnis soll ein Bildband sein, in dem eine Reihe von Themen abgehandelt wird, die kulturhistorische, städtebauliche, soziale und biologisch-ökologische Aspekte im Ist- und Sollzustand darstellen. Die Umsetzung der als Initialzündung gemeinten Abhandlung in konkrete Objekte bzw. Projekte kann sicher teils kurzfristig, in der Mehrzahl jedoch erst im Verlauf von zehn bis 20 Jahren erfolgen. Zur Finanzierung einzelner Vorhaben ist die Einrichtung eines Ökofonds denkbar. Die Arbeitsergebnisse sind nach Meinung der Gruppe als Appell an alle Verantwortlichen, aber auch an die Bürger der Stadt Hamm zu verstehen, im Rahmen der Zielvorstellung ‚Ökologische Stadt der Zukunft‘ das Mögliche zu tun, um dem Besucher schon an den Stadtgrenzen sichtbar zu machen, dass hier ein Novum in Richtung qualitatives Wohnen und Leben im historischen und ökologischen Kontext entstanden ist.“

In der Folge traf sich die Gruppe in etwa achtwöchigem Abstand und verteilte die Aufgaben der Erarbeitung der Texte auf die einzelnen Mitglieder. Alle Themen wurden mit Fotos oder Graphiken versehen. Letztendlich erschienen in der gedruckten Broschüre 155 Schwarzweiß-Fotos auf 98 Seiten.

Umfangreichstes Thema war der Wald mit sieben Seiten; hier legten die Mitglieder konkrete Vorschläge zur Waldvermehrung und Arrondierung vor. Nur wenige der 73 erarbeiteten Schlagworte zogen eine konkrete Handlung nach sich: zum Beispiel das Thema „Jagd“.

Alle Ratsmitglieder, Bezirksvertreter und die Fachämter wurden im Dezember 1994 mit der Broschüre versorgt. Es gab sehr unterschiedliche Reaktionen. Von ca. 95 Prozent der Angeschriebenen hörte man nichts, nur einige äußerten sich – positiv und negativ.



Die Titelseite der Broschüre der „Projektgruppe ‚pro hamm‘“, die an alle Hammer Politiker verschickt worden ist.

Die 73 Themen:

Ackerrandstreifen	Bunker	Jagd	Parkleitsystem	Teich
Allee	Bus-Haltestelle	Kanal	Pestizideinsatz	Taubenplage
Altarm	Einzelobjekte	Kinderspielplatz	Pferdesport	Totholz
Altwasser	Emission	Kiosk	Platz	Trimm-Dich-Pfad
Angelsport	Erholung	Kleingarten	Quelle	Uferrandstreifen
Bach	Flächenverbrauch	Kompostierungsanlage	Radweg	Umwelterziehung
Baggersee	Flugplatz	Landwirtschaft	Reklame	Unkraut
Bahndamm	Friedhof	Lippe	Renaturierung	Vogelschutz
Bahnunterführung	Golfplatz	Lippeaue	Säugetierschutz	Vorgarten
Baumschutzsatzung	Gebäude	Mauer	Schulhof	Wald
Bauprojekt	Graffiti	Museumsbauernhof	Straßenbau	Waldrandstreifen
Bergehalde	Hausbegrünung	Naturschutzgebiet	Straßenbaum	Weg
Bergsenkung	Hecke	Obstwiese	Straßenrandstreifen	Wertstoffcontainer
Brachfläche	Historische Stätte	Pappelforst	Strommast	
Bombentrichter	Industriefläche	Park	Tankstelle	

Vorwort der Broschüre:

„pro hamm“ ist eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich der Stadt Hamm und ihrem Ziel, die „Ökologische Stadt der Zukunft“ zu realisieren, verbunden fühlt.

Aus diesem persönlichen Engagement entwickelte sich die vorliegende Dokumentation, die eine Positionsbestimmung auf dem Weg zur ökologischen Stadt vornimmt.

Selbstverständlich konnten nicht alle Aspekte und Themen umfassend bearbeitet werden. Es sind daher vornehmlich die Bereiche ausgelassen, die in der Öffentlichkeit ohnehin ständig diskutiert werden, wie Fragen der Verkehrsführung, das Müllproblem oder der Gesamtkomplex der regenerativen Energien.

Aber auch die Beschränkung auf die etwas „leiseren“ Themen führte zu einem Katalog von 73 Schlagwörtern. Fotos dokumentieren den derzeitigen Zustand, legen Finger auf Wunden, zeigen Verbesserungen auf. Zu Schlagwörtern wie „Altarm“ oder „Waldrand“ liefern kurze Texte wesentliche Informationen, ohne jedoch das Thema wissenschaftlich zu erschöpfen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung wird Gegenstand einer Veröffentlichungsreihe mit dem Titel „Hammerstadt- und landeskundliche Beiträge“ sein.

Die vorliegende Arbeit ist nicht vorstellbar ohne langjährige Beschäftigung mit umweltrelevanten Fragen. Sie richtet sich an alle, die in Politik und Verwaltung Verantwortung tragen, ebenso aber an alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Der Anspruch, „Ökologische Stadt der Zukunft“ zu sein, kann nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn er als gemeinsamer Auftrag verstanden wird.

Die Mitglieder der Projektgruppe sehen ihre Rolle in diesem Sinne und schließen ein, ihre Dokumentation in eine Art kontinuierlicher Berichterstattung über die Verwirklichung der Forderungen und Vorschläge in konkrete Projekte überzuleiten. Dies wird zum Teil sicher kurzfristig, in der Mehrzahl jedoch erst im Verlauf der nächsten zehn Jahre oder mehr erfolgen können.

Alle Mitglieder der Projektgruppe sind von dem Gedanken getragen, etwas für unsere Stadt zu leisten, um dem Besucher – ob zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder der Bahn – schon an der Stadtgrenze sichtbar zu machen, dass hier ein Novum in Richtung qualitatives Wohnen und Leben im historischen und ökologischen Kontext entstanden ist.

Wer sich ganz deutlich geäußert hatte, war Hans-Joachim Hamerla, von 1991 bis 1995 Dezernent für Planen und Bauen. Auf einer Ausschusssitzung lobte er das Engagement der „Projektgruppe ‚pro hamm‘“ außerordentlich.

Bündnis 90/Die Grünen und der BUND Hamm, vertreten durch Lars Bütthe, schlugen „pro hamm“ für den Umweltpreis der Stadt Hamm vor. Die Auszeichnung folgte postwendend. Am 4. Mai 1995 wurde „pro hamm“ während der Umweltmesse „Mensch und Natur“ im Öko-Zentrum NRW durch Bürgermeister Hans Heinlein (CDU) mit dem Preis ausgezeichnet. Anwe-

send waren ebenso Hermann Kampmann MdL (CDU), Umweltausschussvorsitzender Jörg Holsträter (CDU) und Umweltdezernent Frank Herbst.

Dann wurde es lange Zeit ruhig. „pro hamm“ beobachtete das Geschehen in ihrer Heimatstadt und stellte fest, dass nichts geschah, von Politik und Verwaltung blieben die Vorschläge unberücksichtigt.

Dann meldete sich doch noch die Verwaltung bei „pro hamm“. Am 16. September 1996 flatterte ihrem Sprecher Prof. Dr. Herbert Ant† ein Brief des damaligen Leiters des Umweltamtes, Eberhard Stöck†, ins Haus, 17 Seiten lang.

Stöck war kein Umweltfachmann, sondern wurde aus dem Tiefbauamt in diese Position gehievt. Stadtbaurat Hans-Joachim Hamerla war schon nicht mehr im Amt; das erklärt dieses Schreiben, das von Frank Herbst (seines Zeichens Jurist) unterzeichnet worden war. Eindreiviertel Jahre nach der Zustellung war der sichtlich genervte Umweltamtsleiter „endlich“ in die Lage gekommen, viele der 73 Vorschläge zu kommentieren. Was mag ihn dazu verleitet haben? Warum hat er nicht versucht, die Vorschläge und Anregungen sachlich abzuarbeiten und einen Gesprächstermin mit „pro hamm“ zu



Die Preisverleihung an die Mitglieder der Projektgruppe „pro hamm“. Von links: Mareile Bossemeyer, Frank Herbst, Dr. Ursula Härting, Jörg Holsträter, Prof. Dr. Herbert Ant, Hermann Kampmann MdL (CDU), Ulrich Schölermann, Bürgermeister Hans Heinlein (CDU). Von „pro hamm“ fehlen Gerd Köpke, Paul Ortmann und Bernd Westhoff.
(Foto: Ursula Schölermann)

vereinbaren? War er gar der Meinung, die Verleihung des mit 5000 Deutsche Mark dotierten Preises sei nicht gerechtfertigt gewesen? Oder war er sauer darüber, dass sieben Ehrenamtler Vorschläge gemacht haben, die eigentlich von ihm und seinem Amt hätten kommen müssen? Hat es ihn gestört, dass „pro hamm“ seine Arbeit gemacht hat? Die 17 Seiten werden nicht an einem Arbeitstag verfasst worden sein; war es gerechtfertigt, dafür so viel Arbeitszeit aufzuwenden?

Der Tenor im Schreiben: Machen wir schon, gibt es bereits, ist überflüssig, passt nicht. Das war eigentlich beschämend. Die „pro hamm“-Leute registrierten den Schrieb mit großem Unverständnis, einige waren der Meinung, dass es nicht anders zu erwarten gewesen sei. Ebenso wurde vermutet, dass es dieses Schreiben nicht gegeben hätte, wäre Hamerla noch im Amt gewesen.

Inhaltlich wird die Kommentierung von einem seiner Sachbearbeiter erarbeitet worden sein, dessen Namen wir hier freundlicherweise verschweigen möchten; vielleicht hat er ja nur Anweisungen umsetzen müssen. Er ist inzwischen im Ruhestand.

Ökologische Stadt der Zukunft

Mehrfach wird in diesem Bericht von der „Ökologischen Stadt der Zukunft“ geschrieben. Dieser Wettbewerb ist nunmehr (2025) 33 Jahre her, daher wird in Kurzform über dieses Projekt berichtet.

1992 nahm Hamm als eine von drei Städten in NRW zusammen mit Herne und Aachen am Modellprojekt „Ökologische Stadt der Zukunft“ der NRW-Regierung teil. Diese drei Städte wurden nach einer NRW-weiten Ausschreibung als Modellstädte ausgewählt. Ziel dieses Modellprojektes war es beispielhaft aufzuzeigen, wie sich eine Stadt umweltschonend und zukunftsfähig entwickeln kann. Beteiligt waren die Ministerien für Stadtentwicklung und Umwelt, die die Aufgaben für die Modellstädte festlegten.

Es ging um diese Themen: Rücknahme der Bebauung von Freiflächen, Reduzierung der Emissionen durch den Verkehr, Schaffung von regenerativen Energien, Attraktivierung der Gestaltung von Wohnbereichen, Verringerung von Abfall- und Abwassermengen, Entwicklung von Umweltqualitätszielen, die langfristig wegweisend für die Zukunft der Stadt sind. Weiterhin sollten neue Vorgehensweisen in der Verwaltung und bei der Einbeziehung von Politik und Bürgerschaft erprobt werden.

In mehreren Publikationen berichtete die Stadt Hamm umfangreich über die einzelnen Projekte.

Nachfolgend werden einige der 73 Schlagworte mit den Kommentaren des Umweltamts in alphabetischer Folge wiedergegeben.

● ACKERRANDSTREIFEN:

„pro hamm“ schilderte den Artenrückgang der Ackerpflanzen durch die moderne Landwirtschaft, den Rückgang der Tierarten und schlug die Vernetzung von Feldrainen vor.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Es gibt schon Programme der Landesregierung sowie die „ökologischen Pachtverträge“ auf stadteigenen Flächen.

FAZIT: Der Zustand der schmalen oder fehlenden Feldraine hat sich nicht verbessert. Ob die „ökologischen Pachtverträge“ (besser: „Verträge mit Berücksichtigung



Prof. Dr. Herbert Ant, Sprecher „pro hamm“



Bürgermeister Hans Heinlein

ökologischer Fakten“) überhaupt wirksam sind, ist auch heute noch unbekannt.

● **ALLEEN:**

„pro hamm“ schlug vor, lückenhafte Alleen mit Neuanpflanzungen zu vervollständigen, Beispiel Kameener Straße.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Blieb unkommentiert.

FAZIT: Keine Verbesserungen feststellbar. Zudem wurden die Alleen am Ostring komplett gefällt und mit armseligen gestalteten Neuanpflanzungen „ausgeglichen“: Verlust eines innerstädtischen Erholungsraums mit hervorragendem Kleinklima. Auch die Allee zum Schloss Oberwerries wurde vor Jahrzehnten gefällt und hat heute noch nicht wieder ihre damalige ökologische Funktion erreicht. Vorgeschlagene Ersatzpflanzungen in den Alleen wurden damals nicht durchgeführt, um ein „einheitliches Bild“ (ökologisch nachrangig) zu bekommen.

● **ALTARM:**

„pro hamm“ schilderte das Landschaftsbild am Altarm an der Müllverbrennungsanlage in Bockum-Hövel und dem Gersteinwerk in Werne und schlug vor, schnell- und hochwachsende Pappeln („Pappel-Kulisse“) vor den Industrieanlagen zur Verbesserung des Landschaftsbildes zu pflanzen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Keine Reaktion.

FAZIT: Die Formulierung „Pappel-Kulisse“ war etwas missverständlich. Gemeint waren Schwarz- und Zitterpappel, aber auch Weiden und andere Auengehölze. In den Pflegeplänen sollte auf bodenständigen Auwald (die Artenzusammensetzung ist bekannt) und auf

naturnahe, blütenreiche Auwiesen hingearbeitet werden. Soweit bekannt, bemühen sich die Biologischen Stationen Unna-Dortmund und Soest (seitdem sie für die Untersuchung Hammer Gebiete beauftragt sind) für die NSGs um diese Ziele.

● **ALTWASSER:**

„pro hamm“ schilderte den Einfluss durch Viehtritt und Sportangler auf die Ufer und die Kalkung von Flächen und forderte Schutz zonen um die Stillgewässer.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Allgemeine Aussagen, unkonkret.

FAZIT: Zustand unverändert.

● **ANGELSPORT:**

„pro hamm“ kritisierte massive Besatzmaßnahmen mit negativen Auswirkungen auf den vorhandenen Fischbestand und beschrieb Beeinträchtigungen der Vogelarten durch am Ufer sitzende Angler. Gefordert wurde, auf künstlichen Besatz zu verzichten und angelfreie Fischschonbezirke einzurichten.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Keine Einmischung in den kon-

trären Streit zwischen Naturschützern und Anglern hinsichtlich der Ziele des Angelsports. Ansonsten Hinweis auf das Angelrecht, das an das Eigentumsrecht gebunden ist und auf Fischereirechte.

FAZIT: Der Konflikt ist nicht lösbar, Zustand unverändert. Als „Sündenböcke“ gelten nach Auffassung der Sportangler der (fischfressende) Kormoran und fotografierende „Naturfreunde“ ...

● **BACH:**

„pro hamm“ nannte vier Bachläufe, die ökologisch wertvoll sind: Neustädter Bach, Allener Bever, Donauer Bach, Salzbach und regte Renaturierungen verrohrter Bachläufe und Schutzausweisungen anhand alter Karten an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Nicht drauf eingegangen.

FAZIT: Bei den Bachläufen hat sich einiges verändert, etliches zum Positiven. Man versucht z.B., die Bergsenkungs-Problematik in den Griff zu bekommen. Am Neustädter Bach sind zwei „Wildnis-Entwicklungsgebiete“ geplant (um



Der Altarm in der Lippeaue mit prägenden Industrieanlagen.



Zahlreiche Bombentrichter finden sich entlang der Lippe und der Bahn.

den zerstörten Bachbereich herum). Auch an der Ahse sind ökologische Optimierungen durchgeführt worden.

● **BAGGERSEEN:**

„pro hamm“ forderte die Unterschutzstellung der Baggerseen in Uentrop, weil sie für den Artenschutz von hoher Bedeutung sind.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Hinweis auf den unter Naturschutz gestellten Baggersee IV, denn damit seien die angestrebten Schutzausweisungen von 25 % für Abgrabungsflächen erreicht. Durch die genehmigte Nutzung der Seen II und III durch Sportangler und das Ansiedeln von Bienen- und Wespenvölkern habe sich eine Verbesserung der Situation eingestellt, weil Motocrossfahrten, Grillpartys und Nachtbaden abgenommen hätten. Kein Hinweis auf den freizeitlich genutzten Baggersee I.

FAZIT: Der Baggersee I wurde zum Freizeitvergnügen durch Wasserski ausgebaut. Die Baggersee II-IV dienen dem Artenschutz – ein hinnehmbarer Kompromiss.

● **BAHNDAMM:**

Gleisanlagen und Bahndämme sind häufig artenreiche Lebensräume, weil sie nicht betreten werden dürfen. Unter Mitarbeit der Bahn können sie ökologisch optimiert werden. Der Einsatz von biozidfreien Pflanzenbehandlungsmitteln ist zu fördern, Anpflanzungen sind sinnvoll und verhindern auch das Betreten.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

In Abstimmung mit dem Umweltbundes- und dem Bundesgesundheitsamt wird der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln untersucht und von der Landwirtschaftskammer genehmigt und überwacht.

Die von „pro hamm“ eingesetzten Fotos sind nicht repräsentativ für das Stadtgebiet Hamm.

FAZIT: Die Deutsche Bahn AG (heute: Abt. DB InfraGO AG) hat nach herber Kritik und aus Kostengründen den Herbizideinsatz reduziert. Es kommt allerdings bei der Gehölzpflege immer noch zu großflächigen Abholzungen statt abschnittsweiser Pflege.

● **BAHN-UNTERFÜHRUNG:**

„pro hamm“ regte Gestaltungen durch z. B. Bemalung an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet

FAZIT: Zustand weitgehend unverändert, nur an der Wilhelmstraße sind Verschönerungen feststellbar.

● **BAUMSCHUTZSATZUNG:**

„pro hamm“ forderte die Änderung der Baumschutzsatzung, die nur Bäume schützt, die nach einem Verwaltungsverfahren auf Antrag unter Schutz gestellt werden. Stattdessen sollten alle Bäume einer festgelegten Größe grundsätzlich geschützt werden.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Wurde 26 Jahre später nach der Kommunalwahl 2020 durch Initiative der GRÜNEN entsprechend geändert.

● **BERGEHALDE:**

„pro hamm“ hatte angeregt, die Halden der natürlichen Sukzession zu überlassen, damit sich die Pflanzen von selber ansiedeln, die mit den kargen Böden zurechtkommen. Dadurch würden auch kostenintensive aufwendige Bepflanzungen vermieden. Nur an windseitig gelegenen Hängen zur Wohnbebauung sollte zurückhaltend mit heimischen Sorten bepflanzt werden.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Auf Sukzession wurde nicht eingegangen, sondern Bepflanzung befürwortet.

FAZIT: Ziel verfehlt.

● **BERGSENKUNGEN:**

„pro hamm“ regte an, Senkungssümpfe, die durch Bergsenkungen entstanden sind, sich selbst zu überlassen, hat aber Beobachtungskanzeln durch Stichwege für stilles Beobachten angeregt.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Es gäbe für Senkungssümpfe in NSGs Biotoppflege- und Entwicklungspläne, die mit der LÖLF (heute LANUV) abgestimmt seien, um die Gebiete störungsfrei zu bekommen. Rundwege seien nicht vorgesehen.

FAZIT: Biotoppflege- und Entwicklungspläne liegen vor, werden aber nicht umgesetzt. Rundwege waren nicht gefordert, sondern nur Stichwege. Ziel nicht erreicht.

● **BRACHFLÄCHEN:**

„pro hamm“ regte an, einige städtische Flächen als Brachflächen oder mit ökologischen Auflagen versehen an Landwirte entsprechend zu verpachten. Aber auch die Ausweisung von innerstädtischen Flächen, die als Kindertummelplätze genutzt werden können.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Hier ist eine Abstimmung mit den Vorgaben der Landwirtschaftskammer erforderlich. Für städtische Flächen würden ökologische Pachtverträge abgeschlossen.

FAZIT: Klappt also nicht; über die Inhalte und den Umfang ökologischer Pachtverträge ist nichts bekannt.

● **BOMBENTRICHTER:**

„pro hamm“ beschrieb den Zustand der zahlreichen Bombentrichter zwischen Lippe, Nordener Friedhof und Bahnanlagen, schlug Unterschutzstellung und Ruhigstellung der Gebiete (keine Radwege) vor.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Die Radwegeausweisung südlich des Nordener Friedhofs wurde höher eingestuft als die Belange des Natur- und Artenschutzes.

FAZIT: Ziel nicht erreicht.

● **BUNKER:**

„pro hamm“ empfahl, die Bunker für Museumszwecke, Ausstellungen von Schützenvereinen und Naturschutzverbänden, Künstlern oder die Darstellung der Geschichte des 2. Weltkriegs in Hamm zu nutzen.



Der Erlebensraum Lippeaue mit dem „Auenpark“ – stille Erholung sieht anders aus.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Fehlanzeige.

FAZIT: Zustand unverändert.

● **EINZELOBJEKT GEINEGGE:**
„pro hamm“ empfahl, den Wanderweg, der nah und parallel am Gewässer verläuft, zu verlegen, um den Artenschutz zu unterstützen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Freude über die Würdigung des Gewässers durch „pro hamm“ als ökologische Bedeutung und Hinweis auf den geplanten Umbau der Geinegge-Quelle.

FAZIT: Der Weg ist nicht verlegt worden, dadurch werden am Gewässer lebende Arten vertrieben, die Quelle ist nicht nach ökologischen Kriterien verbessert worden.

● **EMISSIONEN:**

„pro hamm“ beschrieb die Haupt-Emittenten des Ausstoßes chemischer Substanzen: Kohlekraftwerke in Uentrop und Werne, MVA, Lebensmittelindustrien im Hafen, Straßenverkehr. Gefordert wurden zur Verbesserung der Luftqualität die Reduzierung des innerstädtischen Straßenverkehrs, Messwertgütern, Daueremissionsstationen, Vermeidung von Geruchsemissionen, Kataster Umweltkrankheiten.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Fehlanzeige.

FAZIT: Straßenverkehr boomt, Straßenneubau inkl. Verkehrszunahme wird ständig geplant (was sollen die städtischen Planer auch anderes machen?), Kohlekraftwerke sind mittlerweile abgeschaltet, Geruchsemissionen werden immer wieder festgestellt, Gutachten und Daueremissionsstationen gibt es nicht.

● **ERHOLUNG:**

„pro hamm“ wies auf den erhöhten Freizeitdruck in sensiblen Gebieten (Lippeaue, Wanderwege an Ufern, Haarener Baggerseen) hin und reg-

te ein Konzept der stillen Erholung an (Beobachtungshütten an der Lippe, Lehrpfade, aber Betretungsverbote im Umfeld sowie Schaffung von Freiflächen in Wohngebieten und multifunktionale parkähnliche Freizeitanlagen wie den Maxipark).

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Nur wenige Freizeitler halten sich nicht an „Spielregeln“, es gibt gesetzmäßige Gebote für die Freizeitnutzung im Außenbereich, neue Hinweisschilder auf ökologische Bedeutung in den NSG wurden installiert, aber auch auf unrechtmäßige Nutzungen durch Freizeitsuchende wird hingewiesen.

FAZIT: Im Gelände und in der Bevölkerung sind die Grenzen der NSGs weitgehend unbekannt. Auch in den Stadtplänen sind sie unzureichend dargestellt. Es wäre sinnvoll, die NSG-Beschilderung mit Angaben zum Schutzzweck zu ergänzen. Ein Freizeitkonzept am Beispiel des Maxiparks wurde mit der aktuell geplanten wohn- und gewerblichen Nutzung des Zechenstandorts Heinrich Robert zum CreativRevier verpasst. Kleine Freiflächen in neuen Wohngebieten werden trotz aktueller Hinweise der LNU in Bebauungsplanverfahren nicht ausgewiesen.

● **FLÄCHENVERBRAUCH:**

„pro hamm“ schilderte die Bedeutung von Freiflächen für das Stadtklima, die Grundwasserneubildung und für wild lebende Arten. Angeregt wurde die Entsiegelung von Flächen im öffentlichen Raum, die Förderung privater Bodenentsiegelung und die Vermeidung von überflüssiger Versiegelung bei Neuplanungen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Ziel nicht erreicht, aber zumindest die Anlage von Schottergärten ist mittlerweile verboten. Freiflächen in neuen Wohngebieten werden von Naturschutzverbänden vorgeschlagen, aber es wird in der Regel dicht bebaut.

● **FLUGPLATZ:**

„pro hamm“ regte die Verlegung des Flugplatzes nach Heessen, Allen oder Osterfließ an, damit dort eine ökologische Entwicklung der Lippeaue möglich wird.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Zustand unverändert.

● **GEBÄUDE:**

„pro hamm“ regte an, Gebäude und große versiegelte Flächen vor Gebäuden (Musikschule, Frhr.-v.-Stein- und Galilei-Gymnasium) durch Vordächer, Flachbrunnen mit Sitzgelegenheiten, Amphitheater und farbige Anstriche zu gestalten.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Zustände unverändert.

● **HAUSBEGRÜNDUNG:**

„pro hamm“ schilderte die ökologischen und visuellen Vorteile von begrünten Fassaden und regte ein Hausbegrünungsprogramm mit Beratung und Finanzierung an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Ziel nicht erreicht.

● **HECKEN:**

„pro hamm“ schilderte die Bedeutung von Hecken als „doppelten Waldrand“ und ihren Funktionen für den Artenschutz. Gefordert wurde breitere Schutzstreifen (z. B. in den Landschaftsplan-Ausweisungen) und die Förderung von Neuanpflanzungen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Statt Neuanpflanzungen wurde die Erhaltung vorhandener Hecken als



Ein konkretes Ergebnis der „pro hamm“-Vorschläge: Die „Hammer Vereinbarung zur Jagd“.

sinnvoll erachtet, nachdem zahlreiche Hecken aus den Agrarflächen entfernt worden sind. Auf die Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Ortsverbänden und Naturschutzverbänden bei der Heckenpflege und durch eine Heckenkartierung wurde verwiesen.

FAZIT: Die ehrenamtliche Arbeit der Verbände und die Kartierung reichen bei Weitem nicht aus, den Heckenbestand zu pflegen und zu erhöhen. Auf breitere Schutzstreifen, verbesserte Förderung und Wiederanpflanzung wurde nicht eingegangen. Der Heckenschutz ist nicht verbessert worden.

● **HISTORISCHE STÄTTE:**

„pro hamm“ regte an, den Bohrturm über der Solequelle in Werries zu erhalten, es drohte der Verfall.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Den Bohrturm gibt es mittlerweile nicht mehr, die hölzerne Verkleidung ist zusammengefallen.

● **JAGD:**

„pro hamm“ wagte sich an ein zwischen Jägern und Naturschützern kontrovers diskutiertes Thema heran. Vorgeschlagen wurde, nur bestimmte Arten zu bejagen (Reh, Hase, Kaninchen, Stockente, Ringel- und Türkentaube). Gezielte Auslese sollte auf verwilderte Haustiere betrieben werden (Hunde, Katzen) und auf nicht heimische Arten (Waschbär, Bisam, Nutria). Das Aussetzen von Fasanen zum Zweck der nachfolgenden Bejagung sollte unterlassen werden. Es wurde eine „jagdliche Vereinba-

rung“ der Naturschutzverbände mit der Kreisjägerschaft angeregt.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Es wurde darauf verwiesen, dass jagdliche Beschränkungen in NSGs nur mit Zustimmung des Landesjagdammtes zulässig sind. Dabei wurde zusätzlich Wert darauf gelegt, dass diese Einschränkungen mit dem Schutzziel des NSGs vereinbar sein müssen. Das Amt moderierte in der Folge die Verhandlungen zwischen Naturschützern und Jägern für eine freiwillige jagdliche Vereinbarung in Hamm.

FAZIT: Das einzig greifbare Ergebnis der 73 „pro hamm“-Anregungen war die Formulierung der freiwilligen „Hammer Vereinbarung zur Jagd“ zwischen der Führung der Kreisjägerschaft und „pro hamm“ und der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V. (LNU). Vereinbart wurde: Auf folgende ungefährdete Wildtierarten sollte weiterhin gejagt werden: Reh- und Schwarzwild, Feldhase, Wildkaninchen, Ringel- und Türkentaube, Stockente (insbesondere fehlfarbene Enten), Fasan, Möwen, Bisam, Waschbär, Marderhund, Nutria. Auf die Bejagung folgender Arten sollte verzichtet werden: Rebhuhn, Waldschnepfe, Dachs, Bläßralle, Hermelin, Mauswiesel, Baumrarder. Keine Einigung gab es über die Bejagung von Rabenkrähe, Elster, Eichelhäher, Fuchs, Steinmarder, Iltis, ebenfalls nicht über die Beendigung der Fallenjagd. Es wurde bis zur Unterschriftsreife 1996 lange verhandelt.

Die Argumentation des Umweltamts, dass in NSGs gejagt werden dürfe, die aus botanischen Gründen (z. B. Orchideenvorkommen) unter Schutz gestellt wurden, konnten die „pro hamm“-Vertreter nicht nachvollziehen. Sie wollten NSGs grundsätzlich von der Bejagung frei halten und ruhig stellen, da sich auf botanisch wertvollen Flächen auch Wildtiere aufhalten. Die Vereinbarung erlangte in NRW und auch bundesweit Aufmerksamkeit in Fachkreisen. „pro hamm“ kündigte die Vereinbarung im Juni 2003 auf, da die Jäger sich nicht an die Vereinbarungen hielten. Durch die jährlichen Jagdstrecken wurde dies deutlich. Vom einzelnen Jäger wurde die Vereinbarung nicht akzeptiert. Letztendlich war auch dieser Vorschlag ergebnislos.

● **KINDERSPIELPLATZ:**

„pro hamm“ regte an, die Kinderspielplätze durch natürliche Materialien zu gestalten: liegende Baumstämme, Erdhügel, Steine, Mauern sowie Anpflanzungen von robusten Bäumen, Schaffung von seichten Wasserflächen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar

FAZIT: In B-Plänen wird aktuell durch den Naturschutzverband LNU immer wieder die Spielplatzgestaltung wie hier beschrieben angeregt; die Stadt Hamm und die Politiker reagieren nicht darauf.

● **KOMPOSTIERUNGSANLAGE:**

„pro hamm“ schilderte die Auswirkungen der damals in Planung befindlichen Anlage und befürchtete die Abriegelung der Lippeaue für wandernde große Säugetierarten und den Verlust von Auenlebensräumen. Vorgeschlagen wurden drei Anlagen in unsensiblen Bereichen zur Schonung der Aue.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Kein Kommentar.

FAZIT: Die Kompostierungsanlage wurde wie vorgesehen in der Lippeaue gebaut. Aktuell wird die Anlage einer zweiten Grünabfallannahmestelle ermöglicht.

● **LIPPE, LIPPEAUE:**

„pro hamm“ schilderte die unnatürlichen Uferbefestigungen mit Steinpackungen an der Lippe mit fehlenden Schutzstreifen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Lippeverband das „Lippeauenprogramm“ bearbeiten würde mit großflächigen Unterschutzstellungen, Entfesselungen, Auewaldbepflanzungen, Altarmrenaturierungen. Ebenso wurde auf den in Aufstellung befindlichen LP Hamm-Ost hingewiesen, aber auch auf die prekäre finanzielle Lage der öffentlichen Hand.

FAZIT: Das „Lippeauenprogramm“ wurde zwar verabschiedet, ist aber nur in Teilen umgesetzt worden. Der LP Hamm-Ost konnte die Erwartungen von „pro hamm“ nicht erfüllen. Allerdings wurden durch Programme der EU – „LIFE“ (2010) und „LIFE+“ (2015) – im Osten der Stadt weite Bereiche mit großer Verspätung renaturiert, aber auch mit einem langen Wegenetz ausgestaltet. Der „Erlebensraum Lippeaue“ von 2022 renaturiert auch Teile der Lippeaue, beinhaltet aber auch eine ca. fünf Hektar große Bodendeponie aus der Abtragung

von Deichen und ein weites Wegenetz mit Sportmöglichkeiten; beides stört den Arten- und Auen-schutz.

● **MAUER:**

„pro hamm“ schilderte den Wert der Mauern für Pflanzen und Tiere besonders auf Friedhöfen und regte an, diese Mauern nicht zu säubern und als Biotope zu erhalten. Die Förderung von Mauern in Gärten und Vorgärten wurde angeregt.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
„Ich stimme Ihnen voll zu“, schrieb der Umweltamtsleiter. Endlich, „pro hamm“ freute sich über eine kritiklose Reaktion. Auch wenn es nur eine relative Kleinigkeit war.

FAZIT: Über eine Förderung wurde nichts bekannt, Anregungen an Friedhofsverwaltungen wurden nicht gegeben.

● **MUSEUMS-BAUERNHOF:**

„pro hamm“ regte an, einen Bauernhof nach alten Methoden (drechseln, weben, spinnen) zu bewirtschaften und dort nur Pferde einzusetzen. Dichterlesungen und Vorträge könnten das Bild einer musealen Einrichtung abrunden.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Fehlanzeige.

FAZIT: Initiative fehlt. Bei der Vorstellung der Planung des Erlebnisraums Lippeaue wurde ein „Schul-Bauernhof“ angekündigt, aber bis heute nicht verwirklicht.

● **NATURSCHUTZGEBIET:**

„pro hamm“ stellte fest, dass sich die Zustände in den NSGs durch die Schutzausweisungen im LP Hamm-West (bis dato der einzige LP in Hamm) kaum verbessert hätten und verlangte Einschränkungen für die Bereiche Jagd, Angeln, Freizeitnutzung/Sport, Forst- und Landwirtschaft zum Schutz der wild lebenden Arten. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass nur ein Prozent der Stadtfläche unter Schutz stehen würde.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Das Umweltamt wies auf eine Reihe von Ge- und Verboten im LP hin, ebenso auf die Rücknahme der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung in den NSGs „Brauk“ und „Tibaum“ und auf Einschränkungen für die Jagd und den Angelsport in den beiden NSGs und im NSG „Eckernkamp“. Das NSG „Tibaum“ wurde als Ausgleich für einen Eingriff in Natur und Landschaft ausgewiesen.

FAZIT: Das ist soweit richtig, die Aussage „kaum verbessert“ ist zu-

mindest etwas irreführend. Allerdings gingen hier die Vorstellungen von „pro hamm“ und der Stadt Hamm weit auseinander, was die Größe der Schutzflächen und die erlaubten Tätigkeiten in den NSGs betraf. Der Forst in Gestalt des „RVR Ruhr Grün“ „wildert“ auch heute noch ungehemmt im NSG Geithewald. Das NSG Tibaum war eine Ausgleichsfläche für den Kohlehafen mit Förderband quer zur Aue und zog damals große Proteste der Naturschutzverbände nach sich – es war eine nötige Maßnahme, um einen störenden Eingriff an anderer Stelle auszugleichen und keine Initiative zur Ausweitung von Naturschutzflächen. Beschränkungen von Jagd und Angelsport betrachten Naturschutzverbände auch heute noch als immensen Störfaktor in den NSGs. Allerdings haben heute die NSGs durch die LPs Hamm-Süd und Ost in Qualität und Größe zugenommen. Die Verhältnisse sind aber auch heute noch deutlich verbesserungswürdig. Die Umsetzung der Schutzfordernisse stehen noch ganz am Anfang. Die Biologischen Stationen Unna-Dortmund und Soest bemühen sich, die Realisierung der Schutzziele zu unterstützen.

● **OBSTWIESE:**

„pro hamm“ wies auf die Bedeutung von Obstwiesen mit hochstämmigen Bäumen hin und lobte die Bemühungen des Umweltamts zur Pflanzung neuer Obstbäume.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Ergänzte die Aussage mit den Zahlen der Obstbaumpflanzungen, die

in Zusammenarbeit mit den Landwirten durchgeführt wurden.

FAZIT: Hier bestand endlich einmal Konsens.

● **PAPPELFORST:**

„pro hamm“ regte Anpflanzungen der Zitterpappel (*Populus tremula*) an, die am Beginn der Niederterrasse einer Aue eine gute Horizontkulisse bildet und zusammen mit Weiden und Brennesselbeständen wertvolle Lebensräume für Insekten und Vögel darstellt.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Kein Kommentar.

FAZIT: Ein Pappelbestand am Lippedeich auf Höhe des Geinoggees bot damals dem Pirol einen Brutplatz (heute gefällt), ein weiterer Bestand am Rand des Hammer Flugplatzes wurde wegen der „Montgolfiade“ gekürzt, einige Bäume starben daraufhin ab. In Anpflanzungen findet die Zitterpappel selten Berücksichtigung.

● **PARK:**

„pro hamm“ kritisierte die strenge Pflege von Parkanlagen mit großen Grünflächen und regte Sukzessionsflächen, einheimische Gebüsche, standortgerechte Einzelbäume, unterschiedliche Kleinbiotope, ökologische Nischen und eine Bepflanzung zur Straßenseite mit Gebüschen an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:
Kein Kommentar.

FAZIT: Nach langen Jahren intensiver Pflege (besonders auf Hinweise der Parkbesucher) sind heute Verbesserungen mit artenreichen Wiesenbereichen feststellbar.



Es bewegt sich etwas in Hamms Parkanlagen, wie hier im Friedrich-Ebert-Park: Wildblumenbereiche sind entstanden.

● PLATZ:

„pro hamm“ beschrieb die Wertigkeit der Plätze als Kristallisationspunkte von Verkehr und Handel, Repräsentationsräume, Naturersatzräume inmitten dichter Bebauung und als Kommunikations- und Erholungsräume. Vorherrschend sind großflächige Versiegelungen, Beton-Hochbeete und zerstörungsresistente Einrichtungen (Beispiele Schillerplatz und Exerzierplatz). Angeregt wurde, den Beton zurückzubauen und Pflanzungen mit Hecken am Rand der Plätze vorzunehmen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Zustand unverändert.

● QUELLE:

„pro hamm“ schilderte den Status vieler Quellbiotope unter dem Einfluss der Überdüngung umliegender Flächen und die Gefahr der Überbauung (Beispiel Geinegge). Gefordert wurde eine Kartierung, der Schutz vor Viehtritt und eine Schutzzone von 200-400 Metern ohne intensive Landwirtschaft.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Angekündigt wurde eine Kartierung und die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes der Geinegge.

FAZIT: Die Kartierung ist erstellt worden, die Geineggequelle besteht weiterhin unverändert. Die Quelle 59A im Umweltbericht der Stadt Hamm auf dem Gelände des Möbelmarktes Finke (heute Höffner) wäre 2012 ohne das Eingreifen ehrenamtlicher Naturschützer unter Hilfe des NRW-Umweltministers Johannes Remmel überbaut worden, denn Quellen sind nicht adäquat ausgleichbar (siehe ÖKOLOGISCHE Nr. 2, Seite 21). Für alle anderen Quellen ist der Zustand unverändert schutzlos.

● RADWEG:

„pro hamm“ beschrieb die Radwege 1994 mit all ihren damals verbesserungswürdigen Zuständen.

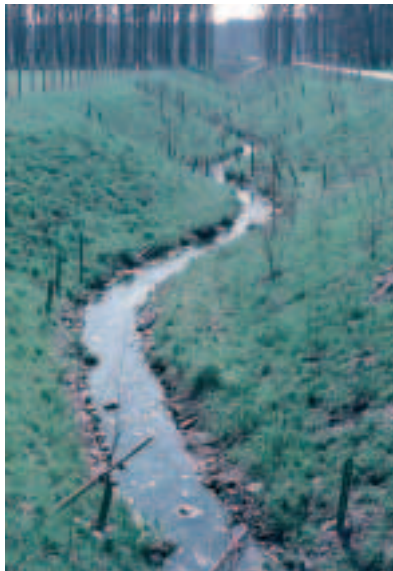
KOMMENTAR UMWELTAMT:

Fehlanzeige.

FAZIT: Seit Jahren bemüht sich die Stadt Hamm um eine Verbesserung und Ausweitung des Radwegenetzes. Damalige und heutige Zustände sind nicht mehr vergleichbar, ein Vergleich erübrigt sich. Allerdings: Auch 2024 ist noch „viel Luft nach oben“.

● RENATURIERUNG:

„pro hamm“ wies auf begradigte Gewässer in Hamm hin und kritisierte erste Renaturierungen, die



Gelungene Renaturierung am Pelkumer Bach oder eher das Ergebnis eines Technischen Zeichners?

fernab einer echten Renaturierung als „technische Kosmetik“ bezeichnet wurde. Jeder Eingriff zieht Bodenverdichtung und Störung des ökologischen Gleichgewichts nach sich. Vorgeschlagen wurde die Renaturierung anhand alter Karten der Gewässerverläufe und eine autotypische Bepflanzung mit standheimischen Gehölzen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Rechtfertigung der bisherigen Maßnahmen aus „gesundheitspolitischen Gründen“ und Hinweise auf mehrere Publikationen der Stadt Hamm zu Renaturierungen. „Technische Kosmetik“ ließ das Umweltamt nicht gelten. Eingräumt wurde, dass der Natur die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich selbst zu regenerieren.

FAZIT: Ausgerechnet den Pelkumer Bach als gelungene Renaturierung anzuführen war schon eine gewagte These; dieser Bachlauf sieht mit seinen gleichmäßig geschwungenen „Mäandern“ eher wie eine Zeichnung am Reißbrett aus. Der Zustand vieler Gewässer ist im Laufe der Jahre letztendlich aufgrund der geltenden Wasserrahmenrichtlinie der EU zwar verbessert worden, doch sind die Schutzstreifen an den Gewässern grundsätzlich zu schmal, um von gelungenen Renaturierungen sprechen zu können. Lebensräume können nur funktionieren, wenn ihnen Platz und Fläche eingeräumt wird. Es gibt noch viel zu tun.

● SÄUGETIERSCHUTZ:

„pro hamm“ wies darauf hin, dass immer noch Arten (wie Baum- und Steinmarder, Iltis, Mauswiesel, Hermelin und Dachs) überflüssigerweise dem Jagdrecht unterliegen. Auch der Fledermausschutz ist verbesserungswürdig.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

„Zahlreiche Konzepte“ der Landschafts- und Umweltplanung würden Wanderwege für Tierarten offenhalten, Speziallebensräume für Bilche geschaffen und neue Wege bei der Jagdausübung gesucht. Der Fledermausschutz würde seit Jahren vom Umweltamt verfolgt.

FAZIT: Hier bestehen auch heute noch völlig unterschiedliche Auffassungen. Die Jagd auf die oben genannten Arten besteht immer noch (siehe auch Schlagwort „Jagd“, der Amtsleiter war Jagdscheininhaber, aber nicht Mitglied eines Naturschutzverbandes). Der sich immer mehr im Stadtgebiet ausbreitende Dachs kann in den Wohngebieten, in denen er zum Problem geworden ist, nicht bejagt werden; hier müssen seine Nahrungsquellen (meist Nahrungsreste in Abfalltonnen) besser verschlossen werden. Die angeblich zahlreichen Konzepte sind den Naturschützern nicht bekannt, welche greifen wo? Der Fledermausschutz weist erhebliche Probleme auf: Zumauern von bewohnten Fledermausquartieren in den Brückentypen am Bahndamm Königsborn-Welver auf Hammer Gebiet mit ungeklärter „Täterschaft“, unzureichende Ersatzräume für verloren gegangene Fledermausquartiere an den abgerissenen Hochhäusern an der Waldenburger Straße mit einem nicht funktionierenden und völlig desolaten Ersatzraum in der Lessingschule Herringen im Gebäudeinnern für Arten, die an Außenfassaden leben und nicht in Gebäude einfliegen, mindestens zweimalige Fällungen (Durchforstungen) von Höhlenbäumen in RVR-Wäldern (alle Maßnahmen sind dem Umweltamt bekannt, keine entsprechende Reaktion). Vorkommen von Bilchen sind unbekannt, war auch nicht von „pro hamm“ genannt.

● SCHULHOF:

„pro hamm“ regte eine Gestaltung mit belebenden Elementen statt asphaltierter Flächen an: Bewegungs- und Ruhezone, Mauern, Hügel, Pflanzen (Bäume) und Totholz, differenzierte Bodenbeläge



Straßenbäume mit schlechten Lebensbedingungen in der Hammer Innenstadt.

(Sand, Holz, Wiese, Steine, Asphalt), Spielgeräte, Wasser.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Zustand größtenteils unverändert, aber hier und da Anlage von Schulgärten.

● **STRASSENBAU:**

„pro hamm“ schilderte die damals bestehenden zwölf Straßenplanungen in Hamm, von denen heute einige realisiert worden sind. Gefordert wurde, den Straßenneubau einzustellen, stattdessen Busspuren einzurichten und den Umweltverbund zu stärken.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Das Thema war dem Umweltamt offensichtlich zu heikel. Würde das Fachamt sich gegen Versiegelungen und Straßenneubau aussprechen und die Ziele verfolgen, die seine Aufgaben sind, müsste es gegen die Planungsvorhaben der Stadtspitze argumentieren. Sicher ist: Neue Straßen erzeugen neue Verkehre. Der Straßenneubau schreitet in Hamm unangefochten weiter, weil er politisch unterstützt wird, aber allen ökologisch ausgerichteten Plänen und Programmen widerspricht.

● **STRASSENBAUM:**

„pro hamm“ zeigte den schlechten Zustand von Straßenbäumen auf durch Versiegelung und parkende Pkws, die den Boden verdichten und Entwicklung verhindern.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Zustand immer noch verbesserungswürdig.

● **STRASSENRANDSTREIFEN:**

„pro hamm“ regte ein Straßenrandstreifenprogramm (ansatzweise vorhanden) insbesondere an

Hauptstraßen analog zum damals bestehenden Ackerrandstreifenprogramm an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Zustand weitgehend unverändert, was aber auch mit nötigem Grunderwerb zusammengehangen haben könnte. Gleichwohl wären dies Maßnahmen einer ökologischen Optimierung.

● **STROMMAST:**

„pro hamm“ beschrieb die Störung des Landschaftsbildes und die Auswirkungen auf Vögel durch Masten und Leitungen. Gefordert wurde eine Umrüstung auf Hängeisolatoren und „Vogelschutzhauben“ zur Vermeidung des Stromschlages mit Todesfällen. Freileitungen verursachen besonders bei diesiger Sicht Todesfälle durch tödlichen Aufprall. Gefordert wurde eine Änderung der Bepflanzung von Masten durch heimische Laubgehölze statt der oft eingesetzten Nadelgehölze sowie die Erdverkabelung.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Durch Gersteinwerk und Kraftwerk Uentrop ist die vorhandene Situation geprägt. Nur im Mittel- und Niederspannungsbereich werden Erdkabel eingesetzt, im Hochspannungsbereich (nach damals geltenden Vorzeichen) nicht.

FAZIT: Erste Änderungen sind feststellbar.

● **TEICH:**

„pro hamm“ schilderte an den Beispielen des Friedrich-Ebert-Parks die naturferne Ufergestaltung durch Rasenkammersteine und am Selbachpark und Hallohpark die unnatürlichen großen Betoneinfassungen. Gestaltungsmöglichkeiten durch Bepflanzung und Flachwasserzonen wurden aufgezeigt. Das Einsetzen von Fischen wurde abgelehnt, damit Insektenlarven nicht als Nahrungsquelle von Fischen genutzt werden. Bepflanzung sollte nur durch Sukzession erfolgen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Mittlerweile ist das Ufer am Ebert-Park von Steinen befreit und die



Strommasten und Freileitungen stören Landschaftsbild und Vogelarten.



Mit geringem Aufwand lässt sich in jedem Garten ein Totholzhaufen aufschichten.

mittlere Teich naturnah umgestaltet worden.

FAZIT: Die Antwort ging nicht auf die Vorschläge von „pro hamm“ ein, selbst neu angelegte Regenrückhaltebecken erfüllen nicht die Vorschläge.

● **TOTHOLZ:**

„pro hamm“ beschrieb den Wert von Totholz (auch von angelegten Totholzhaufen) und regte weitergehende Maßnahmen an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Es sind im Stadtgebiet keine entsprechenden Maßnahmen feststellbar. Am Bahndamm Königsborn-Welver sind Totholzhaufen als Ausgleich für die Abholzung des großen Gehölzbestandes aufgeschichtet worden. Diese Haufen sind mittlerweile in großen Teilen zu Humus zusammengefallen und stellen keinen funktionierenden Ausgleich für den gefällten Gehölzaufwuchs mehr dar. Offensichtlich ist eine Erneuerung nicht vorgesehen, was jetzt einem Lebensraumverlust gleichkommt.

● **UFERRANDSTREIFEN:**

„pro hamm“ regte Uferrandstreifen von zehn Metern an Lippe und Ahse mit einer Entschädigung der Grundstücksbesitzer an.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Die Anlage von Uferrandstreifen ist in Landschaftsplänen verankert.

FAZIT: Keine Verbesserungen im gewünschten Umfang feststellbar.

● **UMWELTERZIEHUNG:**

„pro hamm“ zeigte die Wichtigkeit von umweltbewusstem Handeln auf, ebenso die Verantwortung der gegenwärtigen Generation auf die folgende. Unter der These „Ökologie statt Ökonomie“ wurde beispielhaft die Bedeutung des „Ökologischen Zentrums für Planen und Bauen NRW“ genannt. Angeregt wurde die Einrichtung entsprechender Fachhochschuleinrichtungen mit dem Ziel, Defizite bei der Planung des Natur- und Umweltschutzes zu beheben. Das Thema muss in Kindergärten und Schulen umfassender behandelt werden.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Zustimmung, auf die Einrichtung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Umweltamt wurde verwiesen.

FAZIT: Keine Initiativen feststellbar.

● **UNKRAUT:**

„pro hamm“ monierte in der „Ökologischen Stadt der Zukunft“ den Umgang mit Unkraut in gärtnerischen Gestaltung: Unkraut ist „in“.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Unbeantwortet.

FAZIT: Zustand unverändert, es wird intensiv gepflegt, Laubbläser fegen die Reste des „Unkrauts“ (besser Wildkraut) zusammen und töten dadurch Insekten.

● **VOGELSCHUTZ:**

„pro hamm“ schilderte sinnvolle Maßnahmen zum Vogelschutz: Naturnahe Garten-, Park- und Hofgestaltung, Erhalt und Neuanlage von Hecken mit bodenständigen Arten (hier muss den Vorbehalten der Landwirte begegnet werden), Totholzerhalt sowie die rechtliche und finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

In allen Planverfahren werden Pflanzlisten mit ausschließlich heimischen Arten aufgelistet und für bestimmte Arten zielgerichtet angepflanzt. Auf die Förderfähigkeit der Kopfbäumeinsorge insbesondere an Fließgewässern wurde hingewiesen. Allerdings würde die Förderung einzelner gefährdeter Arten daran scheitern, dass einzelne Naturschützer ihre Erkenntnisse auf Vorkommen „als Geheimnis“ hüten und nicht an zuständige Stellen weitergeben würden. In der Folge könnten großflächige Artenschutzkonzepte nicht erstellt werden. Es wurden Hinweise auf die finanzielle Unterstützung eines Betreuers

für Steinkauz- und Eulennisthifen und eines Helfers, der verletzte Greifvögel pflegt, gegeben.

FAZIT: In Planverfahren werden auch 2024 vereinzelt immer noch Pflanzlisten mit fremdländischen Arten vorgelegt. Zum damaligen Zeitpunkt wurden viele Pflegemaßnahmen von Kopfbäumen auf landwirtschaftlichem Grund und Boden von ehrenamtlichen Naturschützern durchgeführt und gefördert. Die Behauptung ist nur als Affront zu bewerten, dass ehrenamtliche Naturschützer ihre Erkenntnisse über das Vorkommen geschützter Arten für sich behalten würden. Das mag in wenigen Einzelfällen zutreffen, aber sie dafür verantwortlich zu machen, dass Unterschutzstellungen nicht möglich sind, ist unsinnig. Es gibt für Hamm ausreichend Daten zur Bezifferung oder mindestens Abschätzung der Bestände und Vorkommen gefährdeter Vogelarten; eine Verpflichtung zur Weitergabe von Daten durch Private besteht zudem nicht. Außerdem sind die Behörden dafür zuständig, diese Kartierungen in Zusammenarbeit mit Landschaftsbüros zu erstellen, auch wenn es Kosten verursacht.

● **WALD:**

„pro hamm“ bedauerte den geringen Waldanteil von damals nur sieben Prozent in Hamm und regte die Ausweitung von Waldflächen und die Bildung von Naturwaldzellen an. Forstliche Maßnahmen in NSGs sollten nicht mehr durchgeführt werden, Totholz sollte im Wald verbleiben. Sechs Gebiete wurden konkret skizziert, die sich zur Aufforstung eigneten.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Die Waldvermehrung sei nur mit einem Verlust von landwirtschaftlich genutzter Fläche möglich. Aber die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hätte zwei Flächen erworben und aufgeforstet, und Revierinhaber hätten Gehölze gepflanzt, beide dafür den Umweltpreis der Stadt Hamm 1996 erhalten. Aufforstungen größeren Umfangs wären in Verbindung mit Nutzungsausfallentschädigungen zu teuer. Fünf Einzelbereiche wurden mit Aufforstungen benannt.

Unter „Waldbewirtschaftung“ schreibt die Stadt Hamm 2025 auf ihrer Internetseite:

Die Stadt ist Mitglied der Forstbetriebsgemeinschaft Hamm-Unna. Die Pflege der Wald-

flächen übernimmt das Regionalforstamt Ruhrgebiet, das auf eine ökologische Bewirtschaftung der Wälder abzielt. Zusätzlich hat die Stadt Hamm sich als Naturwaldgemeinde verpflichtet, bestimmte Forderungen, wie z. B. Verzicht auf Chemieeinsatz und Belassen von Totholz, einzuhalten. Dadurch sollen naturnahe, artenreiche und standortgerechte Mischwälder entstehen beziehungsweise erhalten bleiben.

FAZIT: Auf dem steinigen Weg vom Wirtschaftsforst (Holzplantage) zum naturnahen Dauerwald sind erste Schritte zu beobachten. Zum Thema dringend empfohlen wird ein Studium des Bandes „Der Holzweg“ von Hans Dieter Knapp (oekonom-Verlag, 2021, siehe Seite 10).

Eigentlich liest sich die Antwort des Umweltamtes so, dass schon genug gemacht worden sei. Eigentlich ist nur der Vorschlag zur Bildung von Naturwaldzellen von vier Gebieten im Bereich Heesener Wald umgesetzt worden, vier weitere Gebiete sind geplant im ebenfalls geplanten NSG „Westliche Heidewälder“ in Sandbochum. Totholz verbleibt nicht gezielt im Wald, forstliche Maßnahmen werden weiterhin vom RVR durchgeführt. Es ist nicht zielführend, die Wald-NSGs von „RVR Ruhr Grün“ bewirtschaften zu lassen (teils Holzwirtschaft, teils Naherholung). Bei zweimaliger Durchforstung der Geithe durch den RVR wurden zahlreiche Höhlenbäume gefällt, der Waldboden durch den Einsatz großer Bagger und eines Harvesters massiv geschädigt (siehe ÖKOLOGISCHE Nr. 4, Seiten 18-22); in diesen Fällen greift das Umweltamt nicht wirksam ein: „... wir sind nicht zuständig“; es handelt sich aber um ein NSG!

Der NABU zeichnete Hamm 1997 als „Naturwaldgemeinde“ aus, fünf Kriterien mussten erfüllt werden: Verzicht auf Kahlschläge, Naturverjüngung statt Neuanpflanzungen, Verzicht auf Chemieeinsatz, Schutz von alten Bäumen, Einsatz sanfter Betriebstechnik (Rückepferde statt Holzerntemaschinen). Der Einsatz von Rückepferden wurde nach einem einmaligen Versuch im Kurparkwald abgebrochen, weil die Pferde auf dem flachen Gelände überanspruchert waren (das klappt offensichtlich nur in



Hier fehlt nicht nur der Waldrandstreifen, hier wurde auch bis in den Trauf- und Wurzelbereich der Bäume gepflügt.

Gebirgsgegenden, wenn Bäume bergab gezogen werden können). 1998 wurde im NSG Frielicker Holz (Privatwald) die Naturwaldzelle „Laendern“ vom Eigentümer eingerichtet. Vorher ließ er aber eine Anzahl starker Laubbäume (u. a. Linde, Esche) fällen. 1992 geschah Ähnliches in der Nähe mit einer Buchen-Altholzinsel (ebenfalls im NSG), die im Vertragsnaturschutzverfahren auf Zeit verpachtet wurde (mit jährlichen Pachtkosten für Hamm). Kurz zuvor wurde eine Anzahl Altbuchen gefällt. Es wundert nicht, dass in den „Altholzbeständen“ in Hamm die Bäume nicht wirklich „alt“ werden.

Im Buch „Der Holzweg“ werden auch Lösungen zu den Themen „Klimawandel“ und „Klimabaum“ angeboten. Das betrifft auch die natürliche Wiederbewaldung auf den „Kalamitätsflächen“ (Absterben nach vermehrtem Schädlingsbefall, z. B. Borkenkäfer in Nadelgehölzen) nach dem Absterben der Rotfichten.

Zurzeit dominiert noch eine neoliberale Holz-Marktwirtschaft. Die natürliche Wiederbewaldung wird als Zeitverschwendung betrachtet. Die europäische FFH-Richtlinie (1992) ist bei Weitem nicht umgesetzt, auch nicht in Hamm. Der Schutzstatus ist bis jetzt auch hier nur Etikettenschwindel. Es bleibt die Forderung nach Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Funktionen im vielfältigen Wald. Dringend erforderlich in Hamm ist, in den Wald-NSGs die Schutzmaßnahmen umzusetzen und nicht nur

einzelne „Biotop-Bäume“ zu markieren. Es wäre sinnvoll, unter „Schutzzweck“ und „Schutzziel“ bestimmte wertgebende „planungsrelevante“ (gefährdete) Vogelarten aufzuführen, anhand derer der anzustrebende Waldtyp veranschaulicht werden kann.

● WALDRANDSTREIFEN:

„pro hamm“ schlug vor, an Wald-rändern einen Waldmantel mit vorgelagertem Waldsaum anzulegen und artgerecht zu bepflanzen.

KOMMENTAR UMWELTAMT:

Dies ist eine Frage des Grunderwerbs landwirtschaftlich angrenzender Flächen, die Notwendigkeit ist unbestritten. Anpflanzungen des Umweltamtes würden in den letzten Jahren so umgesetzt worden sein. Bei kleineren Waldflächen würde die Waldfläche zugunsten des Waldrandstreifens zu stark minimiert, das Verhältnis muss angemessen sein.

FAZIT: In der Realität wird der Waldrand durch Großbäume gebildet. Die Landwirtschaft pflügt an vielen Stellen bis in den Traufbereich der Bäume. Der Zustand ist unbefriedigend, angesprochen sind Waldbesitzer und Landwirte. Waldrandstreifen besitzen eine andere ökologische Funktionalität als Wald und sollten daher nicht eingeschränkt werden.

Dank

Meinen Mitstreitern Gerd Köpke und Paul Ortman danke ich herzlich für die kritische Durchsicht dieses Textes. Ulrich Schölermann

Jahrelang (fast) verschollen, aber wiedergefunden:

Was macht denn eigentlich ... Paul Ortmann heute?

In dieser Rubrik „Was macht denn eigentlich ...“ will die ÖKOLOGISCHE Personen vorstellen, die früher in Hamm im Natur- und Umweltschutz aktiv gewesen sind und um die es heute still (oder etwas ruhiger) geworden ist. Schließlich soll es vorkommen, dass die Aktiven vergangener Jahre schon vermisst werden. Ein solcher Umweltaktivist war (und ist immer noch) Paul Ortmann.

Frühere Aktivitäten

Von 1985 bis 1993 war er Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in der Kreisgruppe Hamm. In dieser Zeit war er in der Öffentlichkeit häufig präsent. Er füllte den BUND mit Leben und vertrat den im Bundesnaturschutzgesetz „gesetzlich anerkannten Naturschutzverband“ in Hamm.

Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu den damals brisanten und aktuellen Themen gehörten zum Tagesgeschäft.

In seine Vorstandszeit fiel so beispielsweise die groß aufgezogene Umweltwoche vom 1.-7. Juni 1986, die im Festsaal des Maximilianparks durchgeführt wurde und eine Menge Kraft für die Organisation und Durchführung erforderte.

An der Bever in Unterallen schloss er eine Bachpatenschaft für den BUND ab und pflanzte dort mit Vereinsmitgliedern Erlen und Weiden an, um den ökologischen Zustand zu optimieren.

Zu seinen praktischen Tätigkeiten gehörte weiterhin das Schneiteln von Kopfbäumen und die Betreuung einer Orchideenwiese in Hamm-Berge, die heute Teil des NSGs Kuhkamp geworden ist. Er engagierte sich in einer Aktion zur Anpflanzung alter Obstbaumsorten und rief zu Spenden auf, um die Pflanzungen finanzieren zu können. Zielsetzung war der Erhalt und die Erneuerung alter Hochstamm-Obstbäume auf den Bauernhöfen.

Gegen den Verkauf der Hammer Müllverbrennungsanlage an ein amerikanisches Unternehmen



mit zweifelhaftem Ruf setzte er sich vehement ein. Er verfasste ein zehnteiliges Schreiben über die öffentlich gewordenen Machenschaften hinsichtlich der Müllverwertung dieses Konzerns an alle Mandatsträger des Rates und der Bezirksvertretungen in Hamm und leistete so einen Beitrag zur Aufklärung; letztendlich kam dieser Verkauf nicht zustande.

An den Demonstrationen gegen den THTR in Uentrop organisierte er die Teilnahme der Vereinsmitglieder und trat für eine atomfreie Zukunft ein.

Politisch vertrat Paul Ortmann eine Zeitlang die SPD im Umweltausschuss des Rates der Stadt Hamm. BUND-Vorsitz hier und SPD-Vertretung da ließen sich nicht immer vereinbaren, daher

gab er die Ausschussfunktion nach einigen Jahren wieder auf.

Für den BUND wurde Paul Ortmann Mitglied im „Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Hamm“ (heute „Naturschutzbehörde“). Dieses 16köpfige Gremium berät in wichtigen die Natur und Landschaft betreffenden Fragen die Behörde.

In der privat geführten „Projektgruppe pro hamm“ engagierte er sich im Jahr 1994 mit sechs weiteren Mitstreitern in vielen Sitzungen und entwickelte 73 Schlagworte zu ökologischen Themen, um die Stadt Hamm im Naturschutzbereich weiter nach vorn zu bringen.

Aber Paul Ortmann war auch Angler. Das ist schon bemerkenswert, denn in einem Angelverein einerseits und in einem Naturschutz-

verband andererseits Mitglied zu sein ist eher selten. Von 1970 bis 1980 war er in einer Umweltgruppe des Fischereivereins Hamm aktiv. Zielsetzung dieser aus acht Anglern bestehenden Gruppe war die Erfassung von Sauerstoff- und Temperaturdaten der Lippe. An zwei Messpunkten, von denen einer bei Schloss Oberwerries lag, der andere auf einem Privatgrundstück direkt an der Lippe vor Lippborg wurden jeweils am Wochenende die Sauerstoff- und Temperaturwerte über geeichte Sonden genommen und auf Datenschreiber übertragen. Die Gruppe gliederte sich in vier Trupps zu je zwei Personen, sodass jeder Trupp einmal im Monat zu einem Einsatz kam. Die Messungen im Bereich Lippborg ergaben Sauerstoffkonzentrationen von über 80 Prozent im Gegensatz zu 35 Prozent im Bereich von Schloss Oberwerries. Im Temperaturbereich sah es ähnlich aus: Im Winter hatte das Lippewasser zwischen 25 °C und 30 °C unterhalb des VEW-Kraftwerks, oberhalb dagegen nur 12 °C. Die Dokumentation dieser Tatbestände führten dann zu einem gerichtlichen Vergleich zwischen den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW, heute RWE) und dem Fischereiverein Hamm, die Aufwärmung der Lippe abzusenken – zum Wohl der Fische.

Heutige Aktivitäten

Aber auch heute noch ist er eher im Stillen aktiv. So führt Paul Ortman mehrere ornithologische Kartierungen (ehrenamtlich) auf dem Gebiet der Stadt Hamm durch. Dies geschieht in folgenden Bereichen:

- Atlas Deutscher Brutvogelarten: Hier hat er die Übernahme einer Kartierungsfläche von 1 qkm auf der Landkarte TK 4312 Hamm im Bereich Tibaum/Brauk als Linienkartierung für die Erfassung häufiger Brutvogelarten von 2000 bis 2015 übernommen.
- Seit 2003 nimmt er alle zwei Wochen von September bis April an den bundesweit stattfindenden Wasservogelzählungen in der Lippeaue Hamm-Ost teil.
- Von September bis März führt er abendlich (mit einem weiteren interessierten Ornithologen) eine Kormoran-Schlafplatzzählung in der Lippeaue Hamm-Ost durch.
- An der Kartierung mittelhäufiger Vogelarten mit dem Schwerpunkt Waldarten nimmt er für den Dachverband Deutsche Avifaunisten teil. So wurden von 2015 bis 2022 insgesamt 340 Hektar Wald in Sandbochum, Lerche und Bergkamen kartiert. Das Ergebnis war im Zeitraum von 2015 bis 2020 die Erfassung von insgesamt 111 Vogelarten auf der TK 4312 Hamm in den Quadranten Q 1 mit den Minu-

tenfeldern 14 und 15 sowie Q 3 mit den Minutenfeldern 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 als Brutvogel, Nahrungsgast oder Überwinterungsgast. Von diesen 111 Vogelarten stehen 33 Arten (29 %) auf der Roten Liste der Brutvögel in NRW, 37 Arten (33 %) auf der RL NRW der Westfälischen Bucht und 22 wandernde Vogelarten (19,8 %) in der RL NRW. Die Ergebnisse dieser Kartierungen wurden darüber hinaus der Biologischen Station Unna-Dortmund kostenlos für ihre Untersuchungen in ihren Aufgabengebieten zur Verfügung gestellt.

- Seit Jahren nimmt er an der jährlichen Kiebitz-Erfassung auf dem Gebiet der Stadt Hamm teil, die durch die Biologische Station Unna-Dortmund betreut und zusammengefasst wird. So wird ein Überblick über den Rückgang dieser streng geschützten Art in Hamm ermöglicht.
- Als Mitglied der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft (OAG) Hamm engagiert er sich an der kontinuierlichen Erfassung der Vogelbestände in Hamm und bringt die erhobenen Daten in die Statistik der OAG ein. Stadt Hamm und mit Untersuchungen und Kartierungen beauftragte Landschaftsplaner greifen auf diese Daten für ihre zu erstellenden Gutachten zu.



Inlogparc-Nordausbau: Kein Ende in Sicht

Im Flächennutzungsplan und im Regionalplan bleibt die Planung bestehen

Trotz der Aussage im Koalitionsvertrag der Hammer Ampelkoalitionsparteien SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP, den Inlogparc **nicht um den Nordausbau zu erweitern**, wird dieser Wille **nicht umgesetzt**. Im Flächennutzungsplan der Stadt Hamm ist die Norderweiterungsfläche als Industrie- und Gewerbegebiet immer noch ausgewiesen. Auch im übergeordneten Regionalplan Ruhr des Regionalverbands Ruhrgebiet (RVR) steht die Fläche als ausbaufähiges Industriegebiet. Der Beschluss des Hammer Rates, gerichtet an das Ruhrparlament des RVR, wird nicht umgesetzt, den Ausbau aus dem Regionalplan zu löschen. Drei Hammer Ratsmitglieder von SPD und CDU vertreten die Stadt Hamm im 92köpfigen Ruhrparlament des RVR. Die Bürgergemeinschaft Weetfeld e.V. hat sich seit 2021 mehrfach vergeblich schriftlich an den RVR gewandt.

Auch die 59 Hammer Ratsmitglieder wurden vor der Abstimmung im Rat zur Beschlussfassung über den Regionalplan 2022 ergebnislos angeschrieben. Allein DIE LINKE hat eindeutig Unterstützung zugesagt.

Der Hammer Oberbürgermeister wurde in zwei Briefen aufgefordert, den Ratsbeschluss in die Tat umzusetzen und die Fläche aus dem Flächennutzungsplan zu nehmen. Auch er hat dies abgelehnt mit der Begründung der „fehlenden Notwendigkeit“.

Die BG Weetfeld hat daraufhin einen **Bürgerantrag an den Hammer Rat** gestellt, der von 37 Anwohnern unterzeichnet wurde. Dieser Antrag wurde in den „Ausschuss für Beschwerden und Anregungen“ des Hammer Rates geschoben. **Der Ausschuss lehnte den Antrag ab**. Allein Roland Koslowski, DIE LINKE, hätte dem Antrag zugestimmt. Aber die Partei hat kein Stimmrecht im Ausschuss, sondern nur eine beratende Funktion. Unser Antrag ist auf unseren Internetseiten nachzulesen. Selbst Christina Böttcher, Ratsfrau der GRÜNEN, hat diesem Antrag nicht zugestimmt, obwohl ihre Partei dieses Vorhaben immer vehement abgelehnt hat.

Verwundert rieben sich im Sommer 2024 Wiescherhöfener und Weetfelder Bürger die Augen: **Es wurde gebaut auf der Fläche des Inlogparc-Nordausbaus am**

Osterböener Weg. Erste Befürchtungen zerschlugen sich aber schnell, denn es ging nicht um die Erweiterung des Industriegebietes Inlogparc. Grundstücksbesitzer und Landwirt Julius Köckler investierte in seinen **Hühnerbetrieb** und stockte den Hühnerbestand um knapp 9000 Hühner auf.

Sein Bauantrag konnte nicht abgelehnt werden, denn dem stand kein rechtskräftiger Bebauungsplan entgegen – insofern hatte er auch ein Anrecht auf Umsetzung seines Antrags. Auf seinem Hof an der Weetfelder Straße gibt es bereits eine bestehende Anlage mit 6000 Hühnern, die nach Bio-Kriterien gehalten werden. Die neue Anlage auf 3,6 Hektar wird in Freilandhaltung betrieben, nach Bedarf kann in eine Bio-Haltung umgewandelt werden.

Die Anwohner hat es gefreut. Mit dieser Investition des Landwirts wird die Norderweiterung des Industriegebiets erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

In der Hofeinfahrt steht ein Automat zur Verfügung, an dem rund um die Uhr frische Eier und weitere Produkte per EC-Karte gekauft werden können.

Inlogparc: Gefährdeter Landschafts- und Lebensraum Weetfeld

Wir fordern ein Ende der Planung des Weiterbaus des Inlogparcs!

Die Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP im Hammer Rat hat in ihrem Koalitionsvertrag 2020 festgelegt: „Die nördliche Erweiterung des Inlogparcs (südlich Wilhelm-Lange-Straße) lehnen wir ab“ und im Dezember 2020 diesen Ratsbeschluss gefasst: „Der Nordausbau des Inlogparcs mit ca. 48 Hektar in Weetfeld soll nicht weiter verfolgt werden“.

Wir fordern dementsprechend, den bestehenden Flächennutzungsplan sofort zu ändern und die weitere Bebauungsplanung zu stoppen!

- Das Verkehrskonzept zum bestehenden B-Plan ist mangelhaft und geht zu Lasten der Weetfelder und Wiescherhöfener Bevölkerung auf den Anwohnerstraßen.
- Die weitere Flächenversteigerung muss gestoppt, der Freiraum erhalten werden.
- Die wertvollen Ackerböden in Weetfeld müssen der Landwirtschaft zur Verfügung stehen.
- Erhalt der Landschaft für die Naherholung in Weetfeld.
- Wir fordern eine Planungswende in Hamm, die die Nachhaltigkeit und den Ressourcenschutz beachtet und einen behutsamen Umgang mit der Natur berücksichtigt.

Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.

Kontakt: www.bgweetfeld.de – E-Mail: info@bgweetfeld.de